

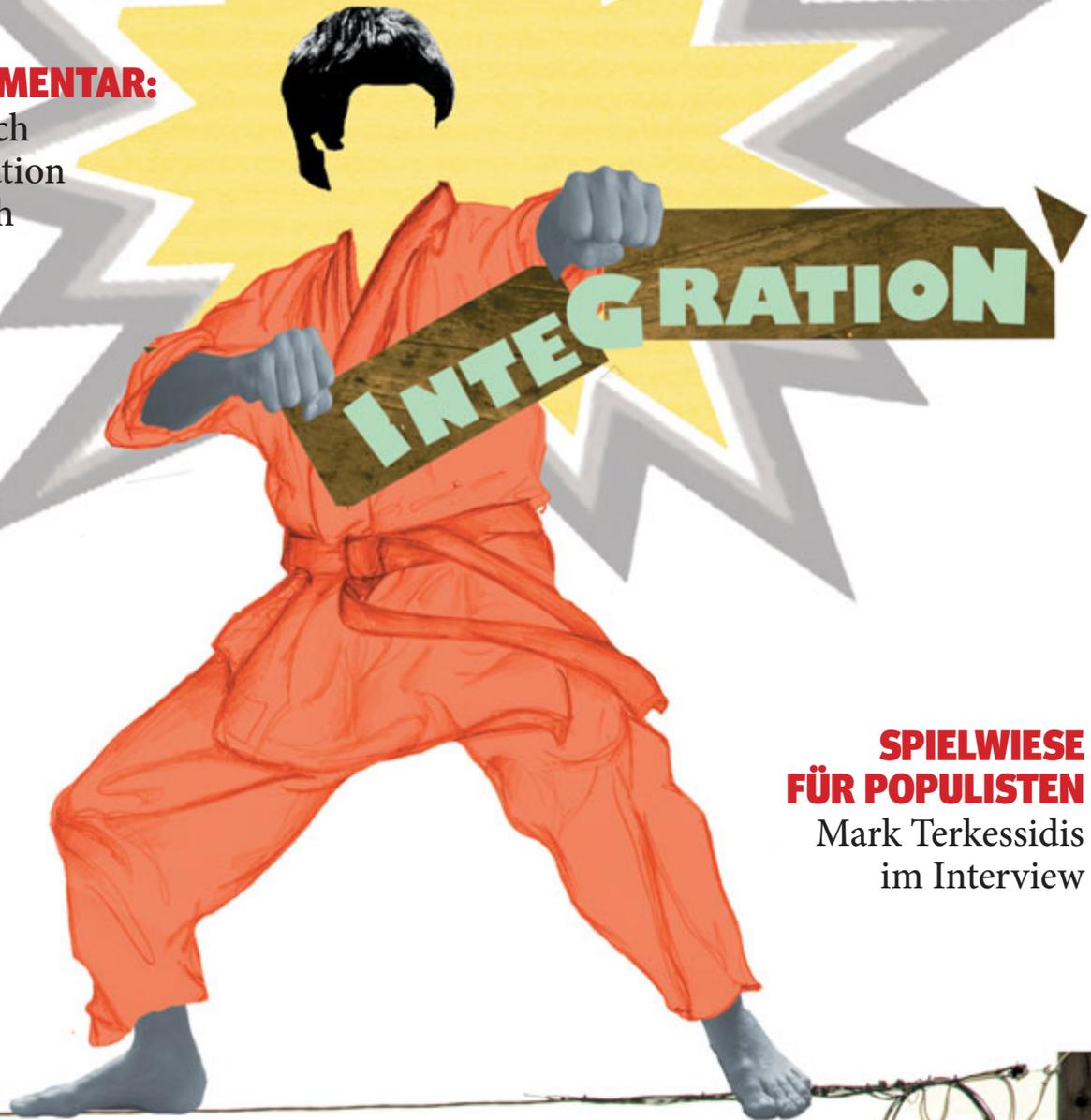
# mo #24

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



## GAST-KOMMENTAR:

Georg Kapsch  
über Integration  
in Österreich



## SPIELWIESE FÜR POPULISTEN

Mark Terkessidis  
im Interview

## KAMPFBEGRIFF

# INTEGRATION



# Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

**Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen.** Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.



**Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich.** Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

**Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.** Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

**Straßenkolportage nervt aber auch manchmal.** Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

**Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst.** Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

**Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten.** Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: [office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at)

Danke.



**JETZT SPENDEN!**  
PSK 91000590, BLZ 60000



Grundwerte der österreichischen ...?  
 Illu: Eva Vasari

## Liebe Leserin Lieber Leser

Unlängst begann eine OTS-Aussendung des Integrationsstaatssekretariats so: „Damit Migrantinnen und Migranten die Grundwerte der rechtsstaatlichen Ordnung Österreichs besser vermittelt werden können, schlägt der Expertenrat die Erstellung einer „Rot-Weiß-Rot-Fibel“ vor. In dieser Fibel sollen die Grundwerte der österreichischen enthalten sein.“ – Doch halt, fehlt hier nicht etwas? „Die Grundwerte der österreichischen“... wie, was? Tatsächlich scheint die Auslassung an der entscheidenden Stelle den nebulösen Charakter der Integrationsdebatte auf geradezu unheimliche Weise herauszustrichen. Wer hat denn wirklich eine konkrete Vorstellung davon, was das I-Wort über die Einhaltung der Gesetze hinaus besagen soll? Da scheint sich der Begriff der Integration recht uninspiriert an jene Leitkultur-Debatte anzuschmiegen, mit der Deutschland keinen Schritt weitergekommen war. Aber zurück zu den Grundrechten. Deren Promotion in einer Fibel ist ebenso ehrenhaft wie plump gedacht. Warum nicht auch eine für AutofahrerInnen, dass dann niemand mehr schnell fährt? Oder für Lobbyisten, dass sie sich endlich an unsere Grundwerte und Gesetze halten? Höchste Zeit in Zeiten wie diesen. Wer an die Macht der Fibel glaubt, könnte aber auch fragen, warum diese den Rechtsstaat nur bei den „Migrantinnen und Migranten“ promotet? Vor einigen Monaten ließ eine Umfrage am Demokratiebewusstsein der Mehrheitsgesellschaft zweifeln: Sie ergab, dass rund 40 Prozent der Befragten der Kanzler der Ersten Republik, Engelbert Dollfuß, gänzlich unbekannt ist. Macht eine derartige Geschichtslosigkeit hinsichtlich Austrofaschismus und Autoritarismus nicht anfällig für mangelnde demokratiepolitische Grundwerte? Ja, signalisieren die Wahlergebnisse dieses Landes. Die Integration in Werte wie Ethik, Toleranz und Demokratiebewusstsein scheint noch ein schönes Stück Arbeit.

Spannende Momente wünscht  
 Gunnar Landsgesell

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION: c/o SOS

Mitmensch, Zollergasse 15, 1070  
Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00 - 9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),  
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Nasila Berangy, Ulli Gladik, Andreas Görg, Georg Kapsch, Niko Katsivelaris, Martin Schenk, Maria Sterkl

### PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

### COVERBILD: Eva Vasari

### LEKTORAT: Thomas Just, Andreas Görg

### PRODUKTION:

Mitko Javritchev, Andreas Ungerböck,  
factory 29 ltd., Mariahilfer Str. 76/3/31, 1070 Wien,  
T +43 1 920 20 08-0, mail@faq-magazine.com

### GRAFIK: Mitko Javritchev

### LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

**DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

**ANZEIGEN:** Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,  
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

**ABOS:** Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00-66

### VERTRIEB:

Der Standard,  
Straßenkolportage

**AUFLAGE:** 30.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeber: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz  
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie  
und Migration  
ZVR: 22747570

### SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der  
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und  
Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich  
erwünscht, wenn das Copyright nicht  
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien  
liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e  
UrheberIn ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Foto: Maria Sterkl

## 10 GUT GESPROCHEN ...

... ist noch lange nicht gut integriert. Es kommt auch auf die richtige Hautfarbe und eine unauffällige Erscheinung an. Jugendliche im Gespräch.



Bild: Christof Floetotto

## 22 „DAS IST FAST ZYNISCH.“

Was hält der Migrationsforscher Mark Terkessidis vom Plan des Integrationsstaatssekretärs, österreichische „Grundwerte“ mit einer rot-weiß-roten Fibel zu verbreiten?

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALTSVERZEICHNIS

### 6 REAKTIONEN

### 8 HANDLUNGSBEDARF

Schwere Planungsfehler werden im Integrationsbericht deutlich.

## Dossier

### 10 NUR „FAST“ EIN ÖSTERREICHER

Die Politik hat Integration als Zauberformel für sich entdeckt. Was aber sagen betroffene Jugendliche dazu?

Reportage: Maria Sterkl

### 16 HOLT UNS DA RAUS!

Alexander Pollak ist auf Parallelgesellschaften gestoßen, die niemand zuvor als solche erkannt hat.

### 20 WIE INTEGRIERT SIND SIE?

Der große Integrationstest mit erstaunlichen Ergebnissen.

### 22 INTERVIEW TERKESSIDIS

Der Migrationsforscher Mark Terkessidis sieht im Integrationsthema eine beispiellose Spielwiese für PopulistInnen. Bald werde sie geräumt, erzählt er Niko Katsivelaris

### 26 IT'S MIGRATION, NOT INTEGRATION

Migration nimmt trotz restriktiver Grenzregime weltweit zu. Für Nationalstaaten heißt es, rasch umzudenken.

Text: Andreas Görg

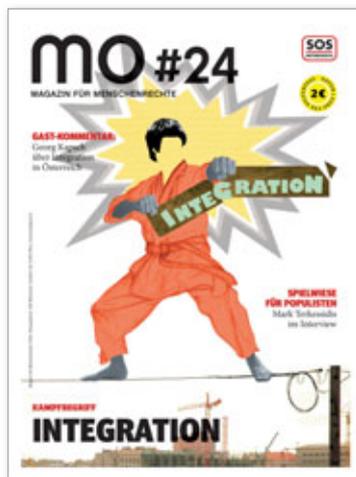




Illustration: Eva Vasari



Bild: Ulli Gladik

## 26 DIE WELT VON GESTERN

Es nützt nationalstaatlichen Regierungen wenig, den Kopf in den Sand zu stecken, während die Welt sich radikal ändert. Der Oxford-Lehrende Franck Düvell hält ein bedingungsloses Grundeinkommen auch für Asylsuchende für einen von vielen notwendigen Schritten.

## NGOs / Welt

### 31 NGO NEWS

Verfassungsschutzbericht mit blinden Flecken

### 32 EINE MAFIA, DIE BETTELT?

Die Filmemacherin Ulli Gladik ist den wiederkehrenden Behauptungen, BettlerInnen seien mafios organisiert, nachgegangen.  
*Reportage: Ulli Gladik*

## Rubriken

### 38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über einen gebrochenen Arm, den der Arzt nur gegen Bezahlung operieren wollte.  
*Korrespondenz: Gunnar Landsgesell*

### 39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.  
2 x 5 Dinge von Eric Isaac, MO-Kolporteur

### 40 POPULÄR GESEHEN

Wieso Entlassungen nunmehr Freistellungen und Schutzsuchende Schüblinge heißen.  
*Kolumne von Martin Schenk*

### 43 SPOTLIGHT

Traiskirchen statt London. Eine 14jährige Somalierin erzählt im Theaterstück „Die Reise“ von ihrer dramatischen Flucht.  
*Portrait: Nasila Berangy*

### 45 SOS MITMENSCH

„Das Boot ist leer“ und andere Aktionen

### 46 ANDERE ÜBER ...

Der Industrielle Georg Kapsch über den Integrationsdiskurs in Österreich.

## 32 HARTNÄCKIGE GERÜCHTE

Immer wieder taucht der Verdacht in Mainstream-Medien auf, BettlerInnen wären „mafios“ organisiert. Die Filmemacherin Ulli Gladik berichtet über die Erfahrungen, die sie während ihres Dokumentarfilms „Natasha“ gemacht hat.



**Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?**

Schreiben Sie an [redaktion@momagazin.at](mailto:redaktion@momagazin.at). Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Foto: Karin Wasner

Banker und Wirtschaftsnotabeln immer noch den Nimbus der Elite und des honorigen Arbeitgebers besitzen. Wie lange können wir uns (diese) Politiker noch leisten?

*Christian Fechner, Wien*

**Lobbyismus**

**Was kostet ein Gesetz?**

In Ihrem Interview grenzt sich Herr Kovar vom angeblich alten Stil des Raiffeisen-Chefs Konrad – Stichwort Sauschädel-Essen – ab. Mich würde interessieren, worin? Ob man Geschäftsdeals bei den Salzburger Festspielen oder bei anderer Gelegenheit anbahnt, ob man die Einflussnahme auf Gesetze nach neuem Stil vielleicht sogar transparenter abwickelt (was ohnehin zu bezweifeln ist) – worin besteht der Unterschied?

*Gernot Halmetschlager, Wien*

**Erratum:**

Die Fotos zur Reportage „Ein Global Passport für alle“ (MO 23) stammen nicht allein von Autorin Corinna Milborn, sondern auch von Emanuel Danesch und Leona Goldstein. Wir entschuldigen uns für den Fehler.

Verein Menschenrechte  
**Nur ein kleines Rädchen**  
 Sehr geehrte MO-Redaktion, mit Interesse habe ich Ihren Artikel über den Verein Menschenrechte gelesen. Und ich muss gestehen, ich bin erschüttert über die Ansichten und Wortwahl von dessen Leiter. Ist das reiner Zynismus? Oder will sich hier ein ehemaliger NGO-Mann seinen Ex-Kollegen besonders entschlossen präsentieren? Quasi zum Trotz. Der Anlass meines Schreibens ist aber, dass es doch immer wieder erstaunt, wie wenig Einblicke uns die Medien, egal ob Print oder elektronisch, geben. Viel ist von Schubhaft die Rede, aber was erfährt man dabei? Hie und da gibt es einmal Reportagen, sicherlich gut recherchiert, die aber über das Leid der Menschen „nicht hinaus kommen“. Wie staatliche Apparate funk-

tionieren, wie sie ihre Aufträge vergeben, wer recherchiert das? Die Selbstsicherheit, mit der der Chef Fragen nach nötiger Transparenz etwa von Polizeiübergriffen abwehrt, lässt einen schon am Demokratieverständnis zweifeln. Es habe sich bewährt, Probleme nicht an die Öffentlichkeit zu tragen. Ja, das stimmt, so wird man zum verlässlichen Partner seines Auftraggebers. Da können Vereine, die im Sinn der Humanität agieren, so wie Caritas oder die ebenfalls kirchliche Diakonie wahrscheinlich nicht mithalten. Billig und unmoralisch nenne ich das!

*Helma Woschner, Wien*

**Lobbyismus**

**Kauf dir einen Politiker!**

Haha, Schüssel sitzt in Deutschland beim Energiekonzern und ist auf Anfrage, ob er sein Man-

dat im Nationalrat nicht gnädigerweise wegen Unvereinbarkeit zurücklegen möchte, einfach nicht zu erreichen. Ich frage mich, ob Robert Misiks Trennung zwischen Politikern und Lobbyisten – so werden sie, wenn sie aussteigen und keinen anderen Job finden, gut versorgt – überhaupt noch aufrecht zu erhalten ist. Präsentieren sich Politiker nicht selbst längst als Lobbyisten? Ganz freiwillig im Auftrag der Konzerne, der Banken, als EU-Spitze in der Kommission – überall wohin man schaut, treten sie nicht als Dompteure sondern vielmehr Matrosen der Wirtschaftskapitäne und deren habgieriger Maximierungslogik auf. Das funktioniert so gut, dass selbst im Fall Griechenlands die griechische Bevölkerung verunglimpft wird, während die verantwortliche Kaste der Politiker,

© iStockphoto/Cliff Parnell



## Entwicklungszusammenarbeit wirkt

- **Armut mindern**
- **Frieden sichern**
- **Umwelt schützen**

Bessere Lebensbedingungen, mehr Chancen und Perspektiven – Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei. Wir unterstützen unsere Partner auf ihrem eigenen Weg. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich seit Jahren für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit ein. Nur mit Bildung, verlässlicher Wasser- und Energieversorgung, zukunftsweisender wirtschaftlicher Entwicklung und stabilen demokratischen Strukturen kann Armut gemindert werden. Österreich engagiert sich in Afrika, Asien, Zentralamerika sowie in Südost- und Osteuropa. Damit es uns allen besser geht.



[www.entwicklung.at](http://www.entwicklung.at)

Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

# Für Sie halten wir rund um die Uhr die Augen offen.



Wir sehen uns auf Facebook!  
[www.facebook.com/wienerlinien](http://www.facebook.com/wienerlinien)

[www.wienerlinien.at](http://www.wienerlinien.at)



WIENER LINIEN

Die Stadt gehört Dir.

## INTEGRATIONSPOLITIK

## Schwere Planungsfehler

Staatssekretär Kurz hat einen Integrationsbericht vorgelegt, der „Integration durch Leistung“ einfordert. Eines leistet er nicht: eine kritische Bestandaufnahme integrationsfeindlicher Gesetze.

Stellen Sie sich vor, der Besitzer eines siebenstöckigen Hauses beauftragt ein Expertenteam, herauszufinden, warum die Wohnungen in den obersten beiden Stockwerken leer stehen. Die ExpertInnen untersuchen die Lage, verfassen einen peniblen Bericht und listen zahlreiche Vorschläge auf, wie sich das Erklimmen der Stiegen vereinfachen ließe. Um die oberen Stockwerke zu befüllen, empfehlen sie als zusätzliches Druckmittel Strafzahlungen für all jene, die eine Wohnung in den unteren Etagen beziehen. Nur auf eines wurde komplett vergessen: den Einbau eines Aufzugs zu prüfen, der rasch und bequem in die oberen Stockwerke führt. Trotzdem ist der Hausbesitzer mit der Arbeit der ExpertInnen hochzufrieden. Er schätzt komplizierte und wenig effektive Lösungswege.

Eine absurde Geschichte? Dann sollten Sie einmal einen Blick in den von Staatssekretär Kurz präsentierten Integrationsbericht werfen. Auch hier haben ExpertInnen Statistiken gewälzt und Projekte studiert. Unter dem Motto „Integration durch Leistung“ wurden Vorschläge unterbreitet, wie dafür gesorgt werden kann, dass mehr Menschen alle gesellschaftlichen Etagen erklimmen können. Nur um eines wurde ein großer Bogen gemacht: um den direkten Lösungsweg.

Was nützt es also, den in Österreich lebenden ZuwandererInnen, die Staatsbürgerschaft „schmackhaft“ zu machen, so wie das die ExpertInnen vorschlagen, wenn die Gesetzeslage kaum jemandem die Chance gibt, die Staatsbürgerschaftskriterien zu erfüllen? Die beschriebene Dynamik wird etwa im Zeitraum

von 2003 bis 2010 besonders deutlich. Restriktiver gestaltete Gesetze senkten die Anzahl der verliehenen Staatsbürgerschaften um fast 90 Prozent!

Das hat drastische Folgen. Ohne Staatsbürgerschaft gibt es keinen vollen Zugang zum Arbeitsmarkt. PolizistIn kann etwa nur werden, wer StaatsbürgerIn ist. Für den Zugang zu Gemeindewohnungen braucht es zwar keine Staatsbürgerschaft, aber eine Daueraufenthaltsberechtigung. Und auch hier wurden die gesetzlichen Hürden erst kürzlich wieder markant erhöht.

Stellen Sie sich vor, alle jungen SportlerInnen müssten, bevor sie Profi werden dürfen, ein langwieriges, oft mehrjähriges Lizenzverfahren durchmachen. Und während dieses Verfahren läuft, gilt für diese SportlerInnen ein absolutes Trainingsverbot. Sie dürften sich nicht fit halten. Absurd? Nicht absurd genug, um in Österreich nicht eine ähnlich gelagerte Praxis vorzufinden. Asylsuchende sind, während ihr Antragsverfahren läuft, de facto vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Sie dürfen erst dann arbeiten, wenn das Verfahren abgeschlossen und festgestellt wurde, dass sie „spielberechtigt“ sind. Bis dahin vergehen oft Jahre. Wie gut werden sich diese Menschen

nach Jahren der Untätigkeit am Arbeitsmarkt schlagen? Im Integrationsstaatssekretariat will das offenbar niemand wissen. Denn auch zu dieser Thematik findet sich im Integrationsbericht keine Silbe.

Es ist fast schon tragisch, was namhafte ExpertInnen produzieren, wenn sie von der Politik in ein enges und falsch geschnürtes Korsett gesteckt werden. Keine der im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen greift die bestehende kontraproduktive Gesetzeslage an. Worte wie „Diskriminierung“ oder „Rassismus“ sucht man im Bericht vergeblich, ebenso den Hinweis auf fehlerhafte Strukturen und diskriminierende Mechanismen.

Anstatt die Rahmenbedingungen zu ändern, die zu Ausschlüssen im Bildungsbereich, am Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, der politischen Partizipation, im Sport und vielen anderen Lebensbereichen führen, setzt der Integrations-Maßnahmenkatalog in erster Linie bei „der Leistung“ von MigrantInnen an. Es wird eifrig am Stiegengeländer gefeilt und mit Sanktionen bei Nichtbesteigung der Treppen gedroht, anstatt endlich dafür zu sorgen, dass Aufzüge fahren, die gläserne und gar nicht so gläserne Decken durchbrechen können. apo



Integrations-Staatssekretär Kurz: Baut er auf ein ExpertInnenteam mit paradoxen Lösungen? (Im Bild noch mit Ex-Innenministerin Maria Fekter)



Hier entsteht das Vertrauen  
in eine Bank, die in  
Österreich verwurzelt und  
weltweit verzweigt ist.

Und das ist die Kombination, die MEINE BUSINESS-BANK ausmacht.

Die Raiffeisen Bank International ist nicht nur Österreichs „internationalste“ Bank mit einem der größten Banknetzwerke in Zentral- und Osteuropa. Sie steht auch für Kundennähe, ausgezeichnetes Produktwissen und zukunftsichernde Innovationskraft. Durch die Einbettung in die größte Bankengruppe des Landes bietet sie ihren Kunden zusätzliche Stabilität und Sicherheit. [www.rbinternational.com](http://www.rbinternational.com)



**Alle Menschen sind frei und gleich  
an Würde und Rechten geboren**

**TAXI 40100**



Kübra, 16: Kein Kopftuch, perfektes Deutsch und dennoch unter „Integrationsdruck“.

# NUR „FAST“ EINE ÖSTERREICHERIN

Integration steht in der Politik hoch im Kurs: Deutschlernen, Leistung erbringen und im Herzen Österreicher sein. Wie aber stehen Jugendliche zum I-Wort? Ein Lokalausgangsschein am Meiselmarkt und in einer Strandbar am Donaukanal.

Reportage: Maria Sterkl  
Fotos: Karin Wasner

**I**rgendwo in einem Vortragssaal in Österreich spricht an diesem Donnerstag Nachmittag im August bestimmt wieder ein wortgewandter Integrationsexperte sehr gescheite Dinge, während der 17-jährige David, Sohn türkischer Immigranten, hier im kleinen Friseursalon nahe beim Wiener Meiselmarkt auf nichts anderes achtet als auf die schwarzen Haarbüschel am Fliesenboden, die er mit seinem roten Besen bedächtig zu einem Häufchen zusammenkehrt. David ist braungebrannt, hat dunkles Haar, schwarze Augen, ist adrett gekleidet und gut gelaunt. Er ist in Österreich geboren, doch ist er, wie er sagt, nur „fast ein Österreicher“. So beschreibt der Friseurlehrling alle Menschen, deren Eltern aus dem Ausland zugewandert sind: „fast Österreicher“. Begriffe wie „Migrationshintergrund“ oder „Bildungsferne“ sind ihm fremd. Er lese eben keine Zeitungen, Politik sei ihm egal. Integration? „Kenne ich nicht“, sagt David, und zuckt mit den Schultern. „Was ist das?“ An Davids Gestik lässt sich ablesen, wer bei den rege geführten Integrationsdebatten mitredet, und wer nicht. David ist es nicht.



Freundinnen: Hawa, Kübra, beide 16 Jahre alt. Wenn ihr Integrationsfortschritt gelobt wird, geht es nicht nur um ihre Sprachkenntnisse. Auch um das Aussehen. Kein Kopftuch, weiße Hautfarbe, keine auffällige Kleidung - das bringt Punkte im alltäglichen Integrationsranking.



### Ein Friseur verlinkt die Welt

Der 17-jährige angehende Friseur lebt in Wien-Meidling und arbeitet im 15. Wiener Gemeindebezirk Rudolfsheim, beides so genannte Ausländerbezirke. Für David ist es normal, im Friseursalon drei verschiedene Sprachen zu sprechen. Er parliert auf Deutsch, Türkisch oder Serbisch, je nachdem, was die Kundschaft verlangt, fehlerhaft bisweilen, aber bemüht. Einen Sprachkurs hat er nie besucht. Serbisch lernt er, während er Pflegespülungen in die Kopfhaut massiert oder Augenbrauen zupft. „Wenn ein Serbe kommt, dann frag’ ich: ‚Wie heißt das da, wie sagt man zu dem dort?‘ Inzwischen kann ich sogar Schimpfworte“, erzählt David stolz und schiebt die schwarzen Haarbüschel mit dem Besen auf eine kleine Schaufel. Vor dem Salon bleiben eine Frau und ein Mann stehen, vorsichtig spähen sie durch die Glasfront ins Innere. Es ist ein Pärchen Ende Zwanzig, mit Umhängetaschen und Prada-Brille – Figuren des schleichenden Vordringens einer weißen AkademikerInnenschicht in den kulturell diversen Arbeiterbezirk. Sie tuscheln, zögern erst, schüchtern treten sie schließlich ein. Davids Lehrmeisterin begrüßt die beiden, die Frau nimmt an der Waschstation Platz und zwinkert ih-

rem Freund verstohlen zu. Es scheint ihr ein Abenteuer zu sein, sich in die Hände der türkischen Friseurin zu begeben.

Wer diese Szene betrachtet und Wien nicht kennt, würde ein pastellfarbenes Bild sehen. Das Bild einer Stadt, in der die Menschen zwar noch verkrampft, aber immerhin bemüht umeinander in Kontakt treten. Anders gesagt: eine Stadt, die Ausländerwahlkämpfen nur wenig Stoff bieten würde.

### Richtmaß Gackerlsackerl

Freilich ist dem nicht so. Das weiß auch David. „Es gibt Österreicher, die wollen die Türken. Und andere wollen sie nicht. Das kommt auf die Leute an“, sagt David. Über die Frage, welche der beiden Gruppen die Mehrheit stelle, muss er kurz nachdenken. Dann beginnt er zu erzählen. Davon, dass er beim Gassi-Gehen mit seinem Hund immer beschimpft werde. Noch bevor sein bedürfnisgequältes Haustier das Hinterteil auf das Gras zu bewegt, höre er schon deren Gekeife. „Die Wiener schreien wieder“, sagt er dann. Dass er gefälligst ein Sackerl verwenden solle, wo bitteschön der Beißkorb sei und überhaupt und außerdem. „Ich habe das beobachtet“, erzählt David, „bei den anderen Österreichern schreien sie nicht. Nur

bei mir.“ Und wie reagiert er darauf? David beginnt zu grinsen. „Die, die schimpfen, nehmen ja selber kein Gackerlsackerl“, glaubt er zu wissen. „Also schrei ich jetzt auch immer, wenn ich das sehe.“ Ein paar Meter entfernt vom Friseursalon sitzt der 16-jährige Murat\* auf einer Parkbank. Er wirkt unruhig, mit seinem Kumpel zählt er die Minuten. Eine halbe Stunde noch, dann gibt es frisches Gras. „Unsere Medizin“, nennt Mu-

### IN- UND AUSLÄNDER: SELBST BEIM GASSI-GEHEN WIRD NOCH IN DIESEN KATEGORIEN GEDACHT.

rat die illegale Rauchware. Auf die Frage, für wie integriert er sich hält, reagiert er überraschend. Erst sagt er: „Ich bin nicht integriert“, dann korrigiert er sich: „Besser gesagt, weiß ich gar nicht, was das ist.“ Murat ruft seinen Kumpel, der ein paar Meter weiter gerade mit seinem Handy herumspielt. „He! Bin ich integriert?“ – Der Braungebrannte mit Kurzhaarfrisur und engen Jeans fragt zurück: „Was heißt das, Alter? Wenn ich den Sinn nicht verstehe, wie soll ich die Frage beantworten?“



David, 17, Friseur am Meiselmarkt: Er spricht viele Sprachen.

### Das I-Wort

Was bedeutet es nun wirklich – sich zu integrieren? Seit April hat Österreichs Regierung ein Mitglied, das sich genau um diese Frage kümmert: Sebastian Kurz. Wer die Aussagen des Staatssekretärs durchforstet, erhält darauf im Wesentlichen drei Antworten. Erstens: Deutschlernen. Zweitens: Leistung erbringen. Drittens: „Nicht nur im Reisepass, sondern im Herzen Österreicher sein.“

Wir fragen nach. Wie sieht es mit den drei Integrations-Anforderungen des Staatssekretärs bei Murat aus? Der Bursche, der immer noch am Meiselmarkt auf seinen Geschäftstermin mit dem Cannabis-Verkäufer wartet, spricht fließend Deutsch. Seine Installateurslehre wird er in Kürze abschließen. Sprache und Leistung, die ersten beiden Kriterien, kann Murat also bereits abhaken. Wie aber sieht es mit Reisepass und Herz aus? Im Licht des staatlichen Integrationsauftrags könnte man sagen: schlecht. Seit kurzem ist Murat nämlich gar kein Österreicher mehr.

Seinen österreichischen Reisepass hat er einfach ablaufen lassen, einen neuen erst gar nicht beantragt, dafür trägt er nun einen türkischen Pass bei sich. Warum? „Ich bin eher ein Türke“, erklärt der 17-Jährige. Aber was macht einen Türken zum Türken?

Hm, überlegt Murat. „Mensch ist Mensch, egal woher“, sagt er, zudem spreche er besser Deutsch als Türkisch, seit dem fünften Lebensjahr wohne er in Wien, aber „die Religion und so, das ist anders in der Türkei“. Darum die freiwillige Ausbürgerung. Ob er also einmal in der Türkei leben wolle? Murat schüttelt heftig den Kopf. „Nein. Ich will hier bleiben.“ Murat weiß selbst nicht, wo er hingehört, ob er überhaupt irgendwo hingehören will. Es wirkt so, als wäre sein Staatsbürgerschaftswechsel eher ein Ausdruck des Protests, als eine bewusste Entscheidung für eine nationale Identität.

### Super integriert mit weißer Haut

Ein paar Meter weiter rastet auf einer Parkbank die 16-jährige Hawa. Die gebürtige Tschetschenin trägt langes, schwarzes Haar, enge Jeans und Stöckelschuhe. Mit ihrer Kumpelfreundin Kübra sitzt sie auf der Parkbank und plaudert, bis die Sonne untergeht. Dann gehen sie Fastenbrechen. Es ist Ramadan, Fastenmonat.

Hawas Geschichte klingt anders als jene von Murat. „Mir sagen sie oft, wie super integriert ich bin. Ja, da krieg ich viel Applaus“, erzählt Hawa, sie wirkt belustigt. Das Kompliment freue sie, „ich nehme es als Zei-

chen, dass ich gemocht werde, dass man mich akzeptiert“, sagt Hawa. Die Pegeltrinker im Beisl gegenüber könnten bei der quirligen 16-Jährigen Deutschunterricht nehmen, so akzent- und fehlerfrei beherrscht sie die Sprache. Erst seit sechs Jahren lebt sie hier, doch als Einzelkind mit Muttersprache Tschetschenisch und Spielplatzanbindung lernt man flugs. Ob die Leute ihre Sprachkenntnisse meinen, wenn sie Hawas Integrations-Fortschritt loben? „Mein Aussehen auch“, glaubt Hawa: Kein Kopftuch, weiße Hautfarbe, keine auffällige Kleidung – das bringt Pluspunkte im unausgesprochenen Integrationsranking des Alltags.

Auch Hawas Freundin Kübra merkt man ihren türkischen Hintergrund nicht an. Während Kübras Mutter ein Kopftuch trägt, bleibt ihr Kopf unbedeckt, die 16-Jährige trägt modische Silberohrringe und ein türkisfarbenes Top, im selben Farbton hat sie Lidschatten aufgetragen. Für Kübra bedeutet integriert zu sein: „dass man sich von der Bekleidung her anpasst, dass man modebewusst ist, dass man freundlich ist, die Sprache spricht. Dass man nett, freundlich und hilfsbereit ist.“ Auf die Frage, wer denn diese modebewussten, hilfsbereiten ÖsterreicherInnen seien, an die es sich anzupassen gelte, müssen die beiden



Strandbar Hermann am Donaukanal: Alina, 18, aus Döbling: „Ausländer sollen sich in der Politik auskennen.“ Der Name Sebastian Kurz sagt Alina nichts.

16-Jährigen kurz nachdenken. Dann sagt Hawa: „Stimmt, das habe ich mir eigentlich noch nie überlegt. An wen sollen wir uns anpassen? An die da drüben in der Disco?“ Hawa verzieht den Mund. „Ich weiß auch nicht, an wen. Aber die Politiker wollen es immer von uns.“

### Paradoxon Arbeit

Die Politik, das ist ein leises Pendel, das stets über Hawas und Kübras Scheiteln zu schwingen scheint. So hört es sich an, wenn man mit den beiden Schülerinnen spricht. Deutschlernen, nett sein, nicht auffallen, niemandem zur Last fallen, nicht aufmucken. Anfeindungen aushalten – auch das gehört dazu. Über dieses Thema scheint Kübra nicht gerne zu sprechen. Als Hawa ansetzt, über „Leute, die uns Ausländer nicht akzeptieren“ zu sprechen, beeilt sich Kübra, dieses Bild nicht so stehen zu lassen. „Wirklich, es gibt auch ganz liebe Österreicher. Ich habe einmal bei einer Familie auf die Kinder aufgepasst. Die waren wirklich total lieb“, sagt Kübra. Prompt boxt ihr Hawa sachte von der Seite in die Rippen: „Jetzt sei doch mal ehrlich, klar gibt es solche und solche. Aber was ich zum Beispiel total oft höre, ist: Ihr nehmt’s uns die Arbeitsplätze weg. Und am zweitmeisten: Die Ausländer

arbeiten nichts und leben nur von Sozialhilfe. – „Ja, stimmt schon“, sagt Kübra. Die Vorgaben sind also widersprüchlich. Wer nicht arbeitet, gilt als Schmarotzer – und wer arbeitet, nimmt anderen den Job weg. Kann man es also nur falsch machen, wenn man

**„WIRKLICH,  
ES GIBT AUCH  
GANZ LIEBE  
ÖSTERREICHER.“**

alles richtig machen will? Und: Wenn es die Jungen aus zugewanderten Familien nicht wissen, was sie nun genau tun müssen, um als integriert zu gelten – wer weiß es dann?

### Döbling ist anders

Die 20-jährige Mona zum Beispiel. Die Döblingerin, die gerade mit ihrer Freundin Alina nach einer satten Portion Sonne, Sand und kühlen Getränken an der Strandbar Hermann den Heimweg antritt, muss nicht lange nachdenken, was Integration bedeutet. „Die Kultur des neuen Heimatstaates anzunehmen“, erklärt sie, „den Lebensstil, die Sprache. Sich nicht in der eigenen Kultur verbunkern.“ Die 20-jährige aus dem bürgerlichen

19. Wiener Bezirk hatte in ihrer Schulklasse laut eigenen Angaben „überwiegend mit Österreichern“ zu tun. Dennoch weiß sie von „negativen Erfahrungen mit Integration“ zu berichten: „Wenn ich in der U-Bahn sitze und Leute reden die ganze Zeit nur Türkisch oder Serbisch“, dann ist es nicht so, wie Mona sich das vorstellt. Auch Alina kennt Negativbeispiele. „Die reden in der Straßenbahn extra Türkisch, damit sie über uns schimpfen können und wir es nicht verstehen.“ Woher sie wisse, dass sie schimpfen? „Sie schauen dann so komisch her. Man merkt das ja.“ Alina, die ebenfalls großteils mit österreichischen Kids aufgewachsen ist und in Wien Alsergrund wohnt, erwartet von Zugewanderten, „dass sie sich für die österreichische Kultur interessieren, die Sprache lernen, und eine Arbeit annehmen.“ Die österreichische Kultur zu beschreiben, fällt auch der 18-Jährigen nicht ganz leicht: „Naja, sie sollten sich über Architektur und Musik informieren“, meint Alina. „Und über die Bundesländer“, ergänzt Mona. „Sie sollten wissen, dass es nicht nur Wien gibt.“ Und Alina fügt hinzu: „Bei Politik sollten sie sich auch ein bisschen auskennen.“

Apropos, eine kleine Zwischenfrage: Wer ist Sebastian Kurz? Der Name ist Alina nicht bekannt.

### Keine Angst

Am Meiselmarkt raucht David gerade seine Pausenzigarette. Hawa und Kübra drehen, ineinander eingehakt, eine letzte Runde um die Wasserwelt, und Murat fährt mit der U-Bahn zu seinem Handelstermin. Das Pärchen beim Friseur begleicht die Rechnung und sagt: „Bis zum nächsten Mal!“, die Stammgäste im Beisl schimpfen über Ausländer.

„Asoziale gibt es eigentlich überall“, sagt Mona, „bei Österreichern und bei Ausländern.“ Warum aber wird bei MigrantInnen immer besonders laut geschrien? „Das hängt vermutlich mit Vorurteilen zusammen“, glaubt die 20-Jährige. „Ich glaube, viele Österreicher haben Angst, dass man ihnen die Kultur wegnimmt“, meint hingegen Hawa. „Aber da brauchen sie keine Angst zu haben“, beruhigt die 16-Jährige. „Sie haben Maria Theresia und so weiter – diese Geschichte nimmt ihnen keiner weg.“

\* Name von der Redaktion geändert.

# 10 NOTWENDIGE MASSNAHMEN GEGEN ILLEGALITÄT

In populistischer Manier hat das Innenministerium angekündigt, verstärkt Jagd auf „Illegale“ machen zu wollen. Dabei braucht es etwas ganz anderes, um Illegalität zu bekämpfen. Denn es ist die Politik selbst, die durch Gesetze Menschen illegalisiert. Daher hat SOS Mitmensch folgendes 10-Punkte-Programm gegen staatlich erzeugte Illegalität zusammengestellt:

1. Wir fordern eine faire, rechtsstaatliche und menschenrechtskonforme Bleiberechtsregelung. Ein faires Bleiberecht würde viel an Illegalität und Leid ersparen, denn die derzeitige Regelung sorgt dafür, dass Menschen, die in Österreich Fuß gefasst haben, ebenso wie Kinder, die in Österreich aufgewachsen sind, illegalisiert und außer Landes gebracht werden.
2. Wir fordern die Aufkündigung des Dublin-II-Abkommens – denn dieses Abkommen fördert Illegalität. Schutzsuchenden Menschen wird die Möglichkeit genommen, auf legalem Weg in ihren Zielländern einen Asylantrag zu stellen. Menschen werden durch die Festung Europa in die Hände von Schleppern gedrängt.
3. Wir fordern, dass sich Österreich für ein solidarisches Asylsystem in Europa einsetzt, das in allen EU-Ländern faire Asylbedingungen sichert und Ausgleichszahlungen für Länder vorsieht, die einen hohen Anteil an schutzsuchenden Menschen aufnehmen.
4. Wir fordern, dass schutzsuchende Menschen wieder die Möglichkeit erhalten, außerhalb Österreichs einen Asylantrag für Österreich zu stellen
5. Wir fordern, dass sich Österreich als Migrationsland deklariert und mehr legale Migrationsmöglichkeiten geschaffen werden. Damit würde viel an staatlich erzeugter Illegalität und Schlepperei verhindert werden.
6. Wir fordern die Aufhebung der Anwesenheitspflicht für neu ankommende Flüchtlinge – denn diese Regelung schafft Illegalität. Jeder Flüchtling, der innerhalb dieser 5-7 Tage die Asylstelle verlässt, wird durch diese Regelung illegalisiert.
7. Wir fordern die Aufhebung der Gebietsbeschränkung für Asylsuchende – denn auch diese Regelung schafft Illegalität
8. Wir fordern die Arbeitserlaubnis für Menschen, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben. Menschen, die in Österreich leben, sollten nicht dazu gezwungen werden, von Sozialleistungen, der Hilfe karitativer Organisationen oder nicht legaler Erwerbstätigkeit abhängig zu sein.
9. Wir fordern einen erleichterten Zugang zu einem eigenständigen Aufenthaltstitel für Angehörige von anerkannten MigrantInnen
10. Wir fordern einen generell verbesserten Zugang zu Daueraufenthaltsberechtigungen. Der Abbau von Integrations- und Aufenthaltshürden (wie z.B. Einkommensnachweis, Sprachnachweis) kann viel an Illegalisierung verhindern.



Nadja Lorenz, Alexander Pollak und Ute Bock präsentieren das 10-Punkte-Programm gegen Illegalität auf einer Pressekonferenz

Eine Politik, die Illegalität erzeugt und dann versucht den Kampf gegen illegalisierte Menschen als Erfolg zu verkaufen, ist in höchstem Maße zynisch. Wir fordern den Abbau staatlich erzeugter Illegalität!



**Parallelsellschaft**

**unsere Leute**

**kulturelle Entwertung**

**Abschottung**

**Ghettobildung**

**echte Österreicher**

**Hassprediger**

**Kulturdelikat**

**Österreicher im Herzen**

**Integration durch Leistung**

**Fremde**

**Integrationsunwillig**

**Neo-Österreicher**

**anpassen**

# HOLT UNS DA RAUS!

Parallelgesellschaft ist eine von vielen Wortkreationen, die für das Thema Zuwanderung erfunden wurden. Dass Österreich selbst gerne *parallel* lebt, ist noch niemand aufgefallen.

Text: Alexander Pollak

Illustration: Franz Suess

**I**n ihrem Mittelpunkt stehen meist MigrantInnen und in gewisser Weise hat sie selbst einen Migrationshintergrund, denn nach Österreich schwappte sie über die Niederlande und über Deutschland. Das war im Jahr 2004. Seitdem ist sie geblieben, die Debatte über Parallelgesellschaften. Auch Integrationsstaatssekretär Kurz hat sie gleich nach seinem Amtsantritt zum Thema gemacht: „Wir haben einige Menschen in Österreich, die in einer Parallelgesellschaft leben und nur sehr schwer erreichbar sind“, tönte Kurz im Standard. Und Neo-Vizekanzler Spindelegger ergänzte in einem Kurier-Interview: „Wer sich integriert, wird belohnt; wer das nicht tut und wer bewusst das auch gar nicht will, der muss auch Konsequenzen spüren. Denn es kann nicht sein, dass wir den Aufbau einer Parallelgesellschaft sehenden Auges unterstützen.“

## Österreicher im Herzen

Der Verweis auf Parallelgesellschaften gehört heute zu den politischen Standardausagen in der Integrationsdebatte. Seit Mitte der neunziger Jahre hat die Politik ihr rhetorisches Repertoire rund um die Integrationsthematik ständig erweitert (siehe Kasten „Kampfbegriff Integration“). Mit dazu gehören inzwischen Wortkreationen und Wendungen wie Kulturdelikt, Leitkultur, Anpassung, artfremd, Ghettobildung, Abschottung, integrationsunwillig, Hassprediger, kulturelle Entgrenzung, Integrationsvereinbarung, Fremde, unsere Leute, echte Österreicher, Österreicher im Herzen, Neo-Österreicher und neuerdings eben auch Integration durch Leistung.

All diesen Begriffen gemeinsam ist, dass sie PolitikerInnen fast ausschließlich in den Mund nehmen, wenn sie über MigrantInnen sprechen, Integration einfordern und

Zwangsmaßnahmen rechtfertigen.

Während etwa in Bezug auf sprachliche und kulturelle Netzwerke zugewanderter Menschen vor drohenden oder bestehenden Parallelgesellschaften und den davon ausgehenden Gefahren gewarnt wird, werden engmaschige und nur bedingt durchlässige PolitikerInnen-, Kirchen- oder Wirtschaftnetzwerke nicht als Parallelgesellschaften gewertet. Nicht einmal die in Österreich bestehenden rechtsextremen Parallelgesellschaften werden als solche titulierte.

Auch die räumliche Ballung von Zuwanderergruppen ist der Politik ein Dorn im Auge. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang von Ghettobildung gesprochen. Gleichzeitig fällt jedoch niemandem ein, Villenviertel als Reichenghettos zu bezeichnen und davor zu warnen, dass diese Reichen kaum in Berührung mit anderen Bevölkerungsschichten kommen.

### Kerngesellschaft macht dicht

Die Integrationsdebatte ist also auf dem nicht-migrantischen Auge blind. Doch auch das Auge, das auf die Zugewanderten und deren Nachkommen schießt, sieht oft nur unscharf. So weist der Integrationsexperte Kenan Güngör in einem Interview für die Wiener Zeitung darauf hin, dass gerade migrantische Parallelgesellschaften auch positiv betrachtet werden können, „weil sie in der ersten Phase der Zuwanderung ein Auffangnetz für Immigranten sein können.“

Dies wird auch vom Politologen Franz Walter bestätigt. In einem Artikel für die bürgerlich-konservative Zeitung „Die Welt“ schreibt er, dass Parallelgesellschaften „keineswegs per se eine Bedrohung oder Belastung der pluralistischen Gesellschaft darstellen“. Im Gegenteil, die meisten dieser Gesellschaften haben, so Walter, „eine beachtliche Integrations- und Stabilisierungsleistung hervorgebracht – je aufstiegsöffener, antihierarchischer, sozial fließender die herkömmliche Kerngesellschaft sich verhielt, desto stärker konnte dies gelingen.“

Von einem aufstiegsöffenen, antihierarchischen und sozial fließendem Verhalten der „Kerngesellschaft“ ist Österreich allerdings weit entfernt. Statt Bedingungen zu schaffen, damit Menschen unterschiedlicher Herkunft gleiche Chancen in den Bereichen Bildung und Arbeit haben, werden Slogans wie „Integration durch Leistung“ entworfen, die suggerieren, gesellschaftliche Verwirklichungs- und Aufstiegschancen zugewanderter Menschen würden allein von deren Leistungswillen abhängen. Und anstatt die Vielfalt der mit einer demokratischen Gesellschaft vereinbaren Lebensentwürfe anzuerkennen und deren Gleichberechtigung zu forcieren, werden von „Menschen mit Migrationshintergrund“ einseitig Anpassungsleistungen verlangt und damit eine hierarchische Über- und Unterordnung hergestellt.

### ORF untertiteln

Der Begriff „Mensch mit Migrationshintergrund“ wird in diesem Zusammenhang oftmals dazu missbraucht, um gesellschaftliche Hierarchien über Generationen hinweg festzuschreiben. Denn „Mensch mit Migrationshintergrund“ steht im politischen Alltag nicht für die Anerkennung der biographischen Vielfalt der BürgerInnen eines Landes, sondern, im Gegenteil, für die Nichtanerkennung



## WELCHE DIESER PERSONEN LEBT NICHT IN EINER PARALLELGESELLSCHAFT?



von Menschen als vollwertige, gleichberechtigte BürgerInnen. Versuche, die Durchlässigkeit der österreichischen Gesellschaft – und damit auch die Durchlässigkeit migrantischer Netzwerke – zu erhöhen, werden von der Politik oftmals nicht nur nicht gefördert, sondern geradezu bekämpft. So ist beispielsweise Vielsprachigkeit noch immer ein Fremdwort in den meisten österreichischen Medien. Dies gilt auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Laut Gesetz hat der ORF den Auftrag „sich an der Vielfalt der Interessen aller Hörer und Seher zu orientieren“. Davon ist allerdings nicht allzu viel zu sehen.

Zwar wird inzwischen für zahlreiche Sendungen des ORF als Service für Gehörlose eine deutsche Untertitelung angeboten, aber es gibt kein einziges nicht-deutsches Untertitelungsangebot. Ebenso wenig existieren nicht-deutschsprachige Sendungen mit deutschen Untertiteln. Dabei haben Forschungsprojekte nachgewiesen, dass vielsprachig untertitelte Sendungen den Sprachwerb massiv fördern würden.

Doch zu groß ist offenbar die Angst vor einer Schelte aus dem rechten Eck. Dort wird man nicht müde fern jeder Realität zu trommeln, dass vielsprachige Medien „Parallelgesellschaften züchten“ würden.

## KAMPFBEGRIFF INTEGRATION

### Der Integrationsbegriff gilt zunehmend mehr WissenschaftlerInnen und AktivistInnen als „Feindin der Demokratie“

Es war die große Koalition unter Bundeskanzler Franz Vranitzky, die den Begriff „Integration“ erstmals als politische Waffe benutzte. Mit dem Slogan „Integration vor Neuzuzug“ versuchte die SPÖ-ÖVP-Regierung im Jahr 1996 der Anti-Ausländer-Agitation der FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ohne Erfolg. Bei den darauf folgenden Wahlen wurde die Haider-Partei zur zweitstärksten politischen Kraft in Österreich. Und es erfolgte ein politisches Erdbeben. Die FPÖ wurde von der ÖVP in die Regierung gehievt, der Kampfbegriff Integration damit neu vermesen.

Stand in den neunziger Jahren noch die begrenzte Aufnahmekapazität des österreichischen Arbeits- und Wohnungsmarktes – und damit die Regelung bzw. Verhinderung von Neuzuzug – im Mittelpunkt der politischen Debatte, wurden nunmehr die bereits in Österreich lebenden Zugewanderten und ihre Kinder zum Kristallisationspunkt der Ausein-

### Schule: Parallelität erwünscht

Auch gegen ein durchlässigeres Schulsystem gibt es heftige Widerstände, nicht nur von rechts außen, sondern auch aus der konservativen Mitte. Letztere kämpft mit Klauen und Zähnen gegen die gemeinsame Schule der unter 14-Jährigen. Die „Elite“, so das Argument, soll in den Gymnasien unter ihresgleichen bleiben. Wenn es um Schulen geht, wird somit explizit die Parallelität unterschiedlicher Bildungschancen und damit auch gesellschaftliche Parallelität befürwortet.

Wo aber bleibt der Aufschrei aus den Konservativen und rechten Lagern, dass Hauptschulen zu Parallelgesellschaften führen können? Eben dieser Aufschrei erfolgt freilich, sobald es darum geht, neben den Sprachfächern Französisch, Russisch oder Polnisch ein weiteres Maturafach Türkisch einzuführen. Das wäre eine Maßnahme, die die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen könnte. Stattdessen wird sie recht platt und ohne zu erkennende Logik als Förderung von Parallelgesellschaften diskreditiert. Schulische Frühselektion hingegen gilt als wichtiges österreichisches Kulturgut.

Dank erfolgreicher Agitation von rechts und eines immer wieder auf den Populismuszug aufspringenden Regierungsteams hat sich

Österreich in eine Situation manövriert, die durchaus selbst den Namen „integrationspolitische Parallelgesellschaft“ verdient. Sie scheint für ihre Bevölkerung oft gar nicht mehr erreichbar. Diese Parallelgesellschaft ist weitgehend undurchlässig für konstruktive Ideen und positive gesellschaftspolitische Gestaltung. Es wird mehr Energie in rhetorische Aufrüstung und gesetzliche Nadelstiche gegen MigrantInnen investiert, als in die Schaffung von Rahmenbedingungen, die allen Menschen Teilhabe und Teilnahme ermöglichen.

Im Gegensatz zum Nutzen, den migrantische Parallelgesellschaften für ihre Mitglieder und auch für die Gesellschaft als Ganzes bringen können, lässt sich beim besten Willen nichts Gewinnbringendes an der Parallelwelt, in der sich die österreichische Integrationspolitik bewegt, erkennen. Die emotionale Befriedigung jenes Teils der Bevölkerung, die Lust daran empfindet, als „echte Österreicher“ bezeichnet zu werden, wird über die Entwicklung einer nachhaltig funktionierenden demokratischen Gesellschaft gestellt.

In Anlehnung an einen Werbespruch der Zeitschrift Falter kann man da nur fragen: Wer holt uns da raus?

andersetzung.

Der Slogan „Integration vor Neuzuzug“ wurde zwar von der ÖVP-FPÖ-Regierung beibehalten, aber der Integrationsbegriff erfuhr eine markante Umdeutung. Integration war nun keine Antwort mehr auf die schwierigen Ausgangsbedingungen von MigrantInnen, sondern bezog sich auf die „Unwilligkeit“ der MigrantInnen sich „anzupassen“. Integration wurde zum Imperativ. Immer heftiger wurde daher im Lauf des Jahres 2001 die Einführung eines Integrationsvertrages diskutiert, der Zuwanderer (und auch bereits Zugewanderte) zum Besuch von Deutschkursen und zur Ableistung von Prüfungen verpflichten sollte. Anfang Oktober 2001 folgte schließlich der Beschluss der so genannten Integrationsvereinbarung durch die Regierung.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war Integration nicht mehr das, was es einmal war. Die Politik hatte sich des Begriffs bemächtigt und eine Um-

deutung vorgenommen. Hatten Menschenrechtsorganisationen bis dahin Integration noch als positives Gegenstück zu erzwungener Assimilation und Identitätsverlust hochgehalten, mussten sie nun erkennen, dass sich Integrationspolitik zu einer Sündenbockpolitik gewandelt hatte, in der es um das Ausüben von Druck auf einzelne Bevölkerungsgruppen ging.

Seitdem wenden sich immer mehr WissenschaftlerInnen und AktivistInnen vom Integrationsbegriff ab. Ende 2010 veröffentlichte das europäische Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung eine inzwischen von mehreren tausend Menschen unterzeichnete Stellungnahme mit dem Titel „Demokratie statt Integration“. Darin wird festgehalten, dass die Rede von der Integration „eine Feindin der Demokratie“ sei, denn Integration erkläre „Hierarchien für unverrückbar“ und „nötige Menschen einen Verhaltenskodex auf“.

# WIE INTEGRIERT SIND SIE?



Der einzig echte Integrationstest

Oberster Integrationsprüfer: Alexander Pollak  
Illustrationen: Karin Wasner



1. **Zwei Parallelgesellschaften treffen sich...**
- a. wenn der Integrationsstaatssekretär eine Moschee besucht (2 Punkte)
  - b. wenn der Integrationsstaatssekretär den Präsidenten des Bauernbunds trifft (0 Punkte)
  - c. beim interkulturellen Dialog (3 Punkte)

2. **Mit wie vielen LobbyistInnen sind Sie befreundet?**
- a. Null (0 Punkte)
  - b. mehr als Zwei (2 Punkte)
  - c. ich bin LobbyistIn in eigener Sache (3 Punkte)

3. **Finden Sie es gut, dass Frauen weniger verdienen als Männer?**
- a. Nein, gleiche Bezahlung für den gleichen Job (0)
  - b. Ja, Männer verdienen mehr, weil sie es verdienen (3)
  - c. Nicht unbedingt, aber dass es so ist, hat sicher einen guten Grund (2)



A

B

C

4. **Befürworten Sie, dass Homosexuelle nicht heiraten dürfen?**
  - a. Ja, weil die Ehe etwas ganz besonderes ist (2)
  - b. Um Gottes Willen, ja! (3)
  - c. Nein, gleiche Rechte für alle (0)
  
5. **Haben Sie Angst vor der Gesamtschule?**
  - a. Ja, weil mein Kind was Besseres ist (3)
  - b. Nein, aber Leistung muss sich lohnen (2)
  - c. Nein, gleiche Chancen für alle Kinder (0)
  
6. **Sind Sie für die Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen?**
  - a. Ja, und es wird derzeit viel zu wenig abgeschoben (3)
  - b. So wenig und so human wie möglich (2)
  - c. Nein, weil auch wirtschaftliche Not als Fluchtgrund anerkant werden sollte (0)
  
7. **Sie wohnen in einem Haus, in das immer mehr türkisch sprechende Menschen einziehen. Was machen Sie?**
  - a. Ich beginne Türkisch zu lernen (0)
  - b. Ich glaube, dass ich dann öfters die Polizei rufen muss (2)
  - c. Ich ziehe möglichst rasch aus (3)
  
8. **Sie sitzen in der Straßenbahn und ein älterer Mann, der sichtlich eine Gehbehinderung hat, steigt ein:**
  - a. Ich biete ihm meinen Platz an (0)
  - b. Ich tu so, als hätte ich ihn nicht bemerkt (2)
  - c. Ich werfe ihm einen strengen Blick zu und presse die Hand auf meine Tasche, die den Sitzplatz neben mir belegt (3)
  
9. **Sie haben bereits eine oder mehrere Verwaltungsstrafen bekommen wegen ...**
  - a. Hundekot am Gehsteig (3)
  - b. falsch parken (2)
  - c. der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demo (0)
  
10. **Sie sind im Herzen:**
  - a. freiheitsliebend (0)
  - b. Österreicher (3)
  - c. blutig (2)
  
11. **Roma ...**
  - a. sind reich und verkaufen nur Zeitungen, um zu nerven (3)
  - b. sind arm und unterstützenswert, aber nerven, wenn sie Zeitungen verkaufen (2)
  - c. sind arm und ich kaufe ihnen daher gleich mehrere Zeitungen ab (0)
  
12. **Ich mag ...**
  - a. Kirchtürme, aber keine Minarette (3)
  - b. Minarette, aber keine Kirchtürme (2)
  - c. keinerlei religiöse Türme (0)
  
13. **Medienvielfalt ...**
  - a. besteht in Österreich ausreichend (2)
  - b. brauche ich nicht, weil ich ein Kronen-Zeitungs-Abo habe (3)
  - c. wird erst durch Minderheitenmedien vollkommen (0)
  
14. **Das Binnen-I ...**
  - a. ist grauslicher Emanzen-Genderwahnsinn (3)
  - b. hab ich in meiner Kronen-Zeitung noch nie gesehen (2)
  - c. macht die wichtige und bisher unterbewertete Rolle von Frauen in unserer Gesellschaft sichtbar (0)

22-42 Punkte: Sie sind superintegriert. Und wir sind baff. Frage: Was um alles in der Welt hat Sie veranlasst, MO – Magazin für Menschenrechte zu lesen??? Ihr Bild gehört in die Rot-Weiß-Rot-Fibel des Integrationsstaatssekretärs. Wären alle Menschen in Österreich wie Sie, gäbe es keine artfremden Magazine wie dieses mehr.

7-21 Punkte: Sie sind schwer einzuordnen: Ein Kronen-Zeitung-lesender Gutmensch? Ein politisch korrekter Verfechter der politischen Unkorrektheit? Ein linkslinker Rechtsabweichler? Da fehlt uns jetzt echt die passende Integrationssschublade. Unser Tipp: Machen sie was ... egal, aber ziehen Sie's durch!

0-6 Punkte: Von Integration keine Spur. Angepasst sein ist für Sie ein Fremdwort. Für Kurz sind sie ein/e TräumerIn, für die Kronen Zeitung und die FPÖ ein hochnaiver und zugleich extrem gefährlicher linkslinker Gutmensch, für uns schlicht und einfach Stammkundschaft. Bleiben Sie dran!

Übrigens: Dieser Test ist nicht für Asylsuchende gedacht: Das Innenministerium hält fest, dass Sie als Asylsuchender nicht das Recht haben, sich in Österreich zu integrieren. Daher versuchen Sie es besser gar nicht.



# „DIESES THEATER FUNKTIONIERT IMMER WENIGER“

Der Migrationsforscher Mark Terkessidis hält das Thema Einwanderung für eine grandiose Spielwiese für PopulistInnen. Brüssel werde das bald ändern.

*Interview: Niko Katsivelaris*



**H**err Terkessidis, Österreich hat vor wenigen Monaten einen Staatssekretär für Integration erhalten. Bekannt war Sebastian Kurz im Wiener Wahlkampf u.a. mit der Forderung nach „mehr Deutsch in den Moscheen“ geworden. Wie schätzen Sie diese Aussage ein?

Offenkundig hat er eine populistische Agenda, ganz so, als würde es keine anderen Themen geben. Der Islam wird im gängigen Integrationsdiskurs völlig überbewertet. Tatsächlich wird aber in vielen Moscheen – vor allem in den kleineren Gemeinden – längst auf Deutsch gepredigt, da die Moscheen oft überethnisch organisiert sind. Deutsch dient als gemeinsame Sprache zusätzlich zum Arabisch des Korans. Eigentlich könnte man diese Entwicklung ja auch positiv zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen gibt es verfassungsmäßig garantierte Freiheitsrechte. Wenn die KatholikInnen in der Kirche wieder auf Latein predigen wollten, dann wäre das ihr gutes Recht.

**Wie beurteilen Sie diese Fixierung auf die deutsche Sprache?**

Aussagen wie die von Ihnen zitierte zeigen sehr klar, dass das Thema Integration hier in erster Linie durch die nationalistische Brille gesehen wird – und da ist Sprache natürlich das Top-Thema. Dabei ist diese Fixierung auf die deutsche Sprache ebenfalls ziemlich unverhältnismäßig. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der MigrantInnen hat ohnehin gute Deutschkenntnisse. Es macht aber wenig Sinn, jene verantwortlich zu machen, die schlecht Deutsch sprechen. Die Frage ist doch vielmehr: Ist unser Bildungssystem so beschaffen, dass Sprachkenntnisse gut vermittelt werden – unter Berücksichtigung und Wertschätzung der Herkunftssprachen? Und darüber hinaus sind Sprachdefizite ganz häufig ein Schichtproblem: In Deutschland hat die „Sprachstandsfeststellung“ im Kindergarten gezeigt, dass 25 Prozent der Kinder deutscher Herkunft im Alter von vier Jahren erhebliche Defizite aufweisen!

**Laut jüngstem Integrationsbericht des Innenministeriums fühlen sich 45 Prozent der MigrantInnen „nicht dem österreichischen Staat zugehörig“. Jetzt soll eine**

**„Rot-Weiß-Rot-Fibel“ die österreichische Werte- und Rechtskultur vermitteln. Ein tauglicher Versuch?**

Ich kann die Zahlen nicht überprüfen. In Berichten dieser Art klingt es immer so, als würden die bösen Migranten sich einfach nicht mit Österreich identifizieren wollen. Die entscheidende Frage ist aber: Welche Erfahrungen haben dazu geführt? Was ist mit Diskriminierung? Wie soll man sich einem Land zugehörig fühlen, das nicht einmal die offensichtliche Tatsache der Einwanderung akzeptiert hat? Insofern mutet die Fibel schon fast rührend an – wer liest denn so was? Grundsätzlich ist die Vermittlung von Rechten, des Rechtssystems und der Partizipationsmöglichkeiten natürlich eine ganz wichtige Sache. Nur klingt es fast zynisch, wenn man Leuten die „österreichischen Werte“ predigen möchte, während man ihnen gleichzeitig seit Jahrzehnten die Staatsbürgerschaft vorenthält.

**Das Thema Fremdenrecht wird im Integrationsbericht vollkommen ausgespart – dabei ist es ein zentraler Punkt. Haben Sie für so etwas eine Erklärung?**

## ZUR PERSON

## Mark Terkessidis

**Mark Terkessidis, geboren 1966, lebt in Berlin und Köln und arbeitet als Journalist und Autor zu den Themen Migration, Popkultur und Rassismus. Er ist Mitglied der anti-rassistischen Initiative Kanak Attak und Mitbegründer des Institute for Studies in Visual Culture (ISVC) in Köln. In seinem jüngsten Buch "Interkultur" (Suhrkamp, 2010) übt er Kritik am herkömmlichen Integrationsbegriff und plädiert statt dessen für eine radikale interkulturelle Öffnung staatlicher Institutionen.**

Terkessidis: „Es ist paradox, wenn Lifestyle-Magazine die Patchwork-Identität abfeiern, aber im Umgang mit Behörden klar wird, dass es besser ist, wenn man keine hat.“



Naja, dann würde es ans Eingemachte gehen. Solche Gesetze – das Ausländergesetz in Deutschland oder das Fremdenrecht in Österreich – sind ja nicht naturgegeben. Es handelt sich um Sonderkonstruktionen, ursprünglich für Personen geschaffen, die sich längere Zeit im Land aufhalten, aber keinen Zugang zur Staatsangehörigkeit haben. 56 Jahre nach dem ersten Anwerbevertrag leben in Deutschland immer noch 7.000.000 Ausländer mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 17,7 Jahren! Diese Menschen stehen einem kafkaesken Dschungel von Regelungen gegenüber, die noch dazu von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich ausgelegt werden. Ein Kriterium zur Erlangung der Staatsbürgerschaft lautet, man müsse über die „notwendigen Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes“ verfügen – aber was *genau* ist damit gemeint? Vage Regelungen sind typisch für diesen Bereich.

**Sie haben in Bezug auf diese diffuse rechtliche Praxis den Begriff der „Politik des Provisoriums“ verwendet. Was meinen Sie damit genau?**

Man will zwar ausländische Arbeitskräfte, aber diese nicht als Bestandteil des „Volkes“ anerkennen. Nun ändert sich aber vieles – der Bedarf auf dem Arbeitsmarkt, die internationale Situation, das Einwanderungsgeschehen, die Ansprüche der MigrantInnen,

etc. Insofern muss die Gesetzeslage immer neu justiert werden. Während man sich unter dem Begriff der Integration derzeit mit den Problemen beschäftigt, die durch die Migration der 1960er Jahre entstanden sind, hat eine Mobilität eingesetzt, die sich in traditionellen Kategorien gar nicht mehr fassen lässt. In Berlin findet man derzeit zum Beispiel viele junge SpanierInnen und GriechInnen. Erster Eindruck war: TouristInnen. Tatsäch-

### **DIE INSTITUTIONEN, DIE FÜR UNS ZUSTÄNDIG SIND, STAMMEN AUS EINER ANDEREN EPOCHE.**

lich wollen sie im coolen Berlin was erleben, sind aber dort auch auf Arbeitssuche. Wie also mit ihnen umgehen? Gewöhnlich sucht man wieder eine neue Sonderregelung. Wie im Fall der „Green Card“, die Kanzler Schröder 2000 vorgestellt hat. Damals dachten alle, ah, eine neue Einwanderungsdebatte. Dabei ging es nur um eine neue Sonderregelung, die es Mitarbeitern von globalen Konzernen ohne weitere Beschränkungen ermöglichen sollte, zwischen den einzelnen Standorten hin- und herzuwechseln.

**Was bezweckt man mit solchen Sonderregelungen?**

Man drückt sich um eine klare, transparente Einwanderungspolitik. Das betrifft sowohl die Regeln für legale Arbeitssuche als auch die Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft – etwa durch Umrüstung der Institutionen. Aber dafür muss erstmal klar sein: Wir sind ein Einwanderungsland. Derzeit ist die Politik schlicht widersprüchlich: Politiker sprechen über Fachkräftemangel, aber ein Ingenieur aus Algerien im Asylverfahren darf nicht arbeiten. Sie beschwerten sich über illegale Einwanderung und verteilen in Kiev Touristenvisa an Leute, die ganz offensichtlich saisonal arbeiten werden, in der Gastronomie oder in der Landwirtschaft. Bis vor kurzem wurden arabische Potentaten regelrecht dafür bezahlt, die Einwanderung über das Mittelmeer zu stoppen, was dazu geführt hat, dass die Boote von weiter her kommen, und dann bedauert man die Toten im Mittelmeer und dämonisiert die „Schlepper“. Das ist doch verrückt.

**Sie sprechen in Bezug auf nationale Einwanderungsdebatten auch von einem „Theater der Souveränität“. Nationalstaaten würde das Thema Migration gezielt benutzen, um sich selbst als souverän zu inszenieren – wie funktioniert das genau?**

Das Ausländergesetz bzw. das Fremdenrecht ist weiterhin eine sehr nationale Angelegenheit. Vor allem, wenn man bedenkt, dass



**Während das Asylthema einer Spielweise des Populismus gleicht, scheint man zum Beispiel Abschiebungen vor der Öffentlichkeit ganz gezielt zu verbergen. Wie passt dieser Gegensatz zusammen?**

Es gibt hier eine bewusste Strategie, das Prozedere rund um das Thema Flucht unsichtbar zu machen. Von den Erstaufnahmestellen und Flüchtlingsunterbringungen bis zu den Abschiebegefängnissen. Da ist ja sehr viel Gewalt im Spiel. Am offensichtlichsten bei der Abschiebung. Aber das ist auch ein elementarer Vorgang, denn hier entscheidet der Staat am nacktesten darüber, wer Mitglied dieser Gesellschaft sein darf und wer nicht. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Bevölkerung bekommt dabei ein mulmiges Gefühl. Deswegen wird dieser Komplex unsichtbar gemacht. Wir haben am Institute for Studies in Visual Culture zuletzt das Projekt „Black Box Abschiebung“ realisiert. Unser Ziel war es hier, diesen elementaren Prozess der Abschiebung sichtbar zu machen.

**Sehen Sie eine Alternative?**

Wir brauchen eine inklusive Idee von Staatsbürgerschaft und niederschwellige Partizipationsangebote. Das ist – wie eingangs erwähnt – die einzig glaubhafte Aufforderung an MigrantInnen, sich im Gemeinwesen zu engagieren. Es ist nämlich echte Beteiligung, die zum Gefühl der Zugehörigkeit führt.

**In Ihrer letzten Publikation sprechen Sie in Bezug auf ein Diversity Management vom Programm Interkultur. Wie soll der geforderte Umbau von Institutionen genau funktionieren?**

Mit Programm Interkultur knüpfe ich an den Begriff der interkulturellen Öffnung an. Die Gesellschaft ist vielfältig und maßgeblich durch Einwanderung strukturiert. Dem muss vor allem im institutionellen Bereich Rechnung getragen werden – vor allem in dem Bereich, wo der Staat das Sagen hat oder Gelder zur Verfügung stellt. Es muss eine programmatische Verpflichtung geben, im Hinblick auf individuelle Hintergründe und Voraussetzungen eine gerechte Verteilung von Rechten, Pflichten, Ressourcen und Dienstleistungen zu erreichen. Dieses Programm soll Innovation für die ganze Institution erreichen, die dann wieder allen zugute kommt – Migrationshintergrund hin oder her. In Wirklichkeit erleben wir ja alle in unserem Alltag, dass die Institutionen, die für uns zuständig sind, aus einer anderen Epoche sind.

**Können Sie ein Beispiel dafür geben?**

Es gibt heute ganz selbstverständliche Formen von Mobilität, die von den Behörden nicht verstanden wird. Weil ich in Köln noch gearbeitet habe, muss ich dort eine Zweitwohnungsteuer bezahlen. Alle Regelungen diesbezüglich waren auf feste Arbeitsverhältnisse abgestellt – Freiberufler sind da gar nicht vorgesehen. Es ist paradox, wenn in Lifestyle-Magazinen die ganze Zeit die Patchwork-Identität abgefeiert wird, aber im Umgang mit Behörden klar wird, dass es besser ist, wenn man keine hat. Die Institutionen müssen sich auf die Vielheit der Individuen einstellen. Es macht keinen Sinn mehr, nach den Defiziten bestimmter Gruppen wie der „der Türken“ zu suchen, sondern man muss darauf schauen, was für strukturelle Barrieren es in den Institutionen gibt.

**Sehen Sie positive Entwicklungen?**

Auf kommunaler Ebene ja. Die Stadt Stuttgart etwa hat kürzlich beschlossen, dass diejenigen Träger, die von der Stadt finanzielle Zuwendungen erhalten, auch Diversity-Management etablieren müssen. Eine Einrichtung wie die katholische Caritas etwa, die ja zu 80 Prozent vom Staat finanziert wird, muss jetzt also in der Personalpolitik, in der Organisationsstruktur, in ihrem institutionellen Gepräge Vielfalt berücksichtigen. Das halte ich für eine sehr sinnvolle Maßnahme – vor zehn Jahren noch völlig undenkbar.

**Können Gemeinden beim „Programm Interkultur“ eine Vorreiterrolle spielen?**

Immer mehr Gemeinden in Deutschland erkennen diese Notwendigkeit, die Institutionen zu verändern. Das ist auch kein Wunder, bei den Untersechsjährigen sind in deutschen Städten Kinder mit Migrationshintergrund in der Mehrheit. Da ist auch das eindeutigste Steuerungspotential, wenn es den politischen Willen gibt. Aus den gleichen Gründen erleben wir auch eine Renaissance der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-AusländerInnen. In einem Bezirk wie Berlin Moabit haben heute 30 Prozent der Bevölkerung kein Wahlrecht. Die Politik steht vor der Frage: Wie kann ich hier politische Entscheidung überhaupt noch legitimieren?



Mark Terkessidis  
**Interkultur**  
Suhrkamp Verlag  
**220 Seiten, 13 Euro**

mittlerweile 80 Prozent der Gesetzgebung von EU-Regelungen betroffen sind. Daher ist das Thema Einwanderung eine grandiose Spielweise für Populismus. Durch markige Worte und strenge Regelungen in Sachen Einwanderungspolitik erscheint der Nationalstaat dann in der öffentlichen Wahrnehmung als souverän – obwohl er es längst nicht mehr ist. Dieses Theater funktioniert aber immer weniger. Die EU redet auch bei diesem Thema zunehmend mit. Die EU-Kommission möchte das Einwanderungsrecht harmonisieren – mit der so genannten Blue Card. Die EU-Kommission traut sich da mehr, weil sie nicht vom Wahlkampf abhängig ist. Aber das heißt auch, dass der Populismus in Europa sich jetzt gegen Einwanderer und gegen die EU gleichermaßen richtet.

**Beim Regierungspartner ÖVP vertritt man den Standpunkt, Asyl sei nicht Integration. Ist diese Trennung korrekt?**

Ich habe erst kürzlich mit albanischen Jugendlichen gesprochen, die nach Belgrad abgeschoben wurden, obwohl sie zehn Jahre in Deutschland gelebt hatten. Die waren in Deutschland in der Schule, die sprachen Deutsch untereinander, die hatten sich also „integriert“. Und was passiert mit Asylbewerbern, deren Antrag positiv beschieden wird – werden die nicht „integriert“? Diese Ansicht ist doch Unsinn.

# IT'S ABOUT MIGRATION, NOT INTEGRATION, STUPID

Migration nimmt weltweit zu, trotz restriktiver Grenzregime. Staaten müssen sich neu aufstellen um weitere Illegalisierung zu verhindern. Franck Düvell von der Universität Oxford empfiehlt ein bedingungsloses Grundeinkommen, auch für Illegalisierte.

*Text: Andreas Görg*

*Illustration: Eva Vasari*

*Fotos: Karin Wasner*

**F**rüher war Integration einmal ein Kampfbegriff von MigrantInnen für gleiche Rechte. Heute hat der Mainstream den Integrationsbegriff vereinnahmt. Er wird verwendet, um zwischen jenen MigrantInnen zu unterscheiden, die im Verlauf von wenigen Generationen re-nationalisierbar sind, d.h. „echte“ ÖsterreicherInnen werden können. Ganz im Gegensatz zu jenen, die definitiv niemals dazugehören werden, auch nach mehreren Generationen nicht. Sie widersprechen dem Selbstbild des Nationalen zu sehr. Die FPÖ zieht dabei die Scheidelinie am deutlichsten. Sie umwirbt weiße, christliche MigrantInnen-Communities, während sie Islam und Schwarze als Bedrohung konstruiert. Integration wird solchermaßen zum Gegenpol von Diversität.





## Wohnbürgerschaft

Jeder Begriff, den wir in einer Diskussion verwenden, tendiert durch seine gängigen Konnotationen dazu, das Gespräch in eine bestimmte Richtung zu lenken. Zwar können wir selbst den Integrationsbegriff vermeiden. Allerdings wird er uns laufend von wohlmeinenden und weniger wohlmeinenden ZeitgenossInnen entgegengeschleudert. Als Antwort auf das Gerede von der Integration empfiehlt sich daher ein bekräftigendes „Ja, genau! Super wäre, Wohnbürgerschaft für alle, die ihren Lebensmittelpunkt hier gewählt haben. Gleiche Rechte und Maßnahmen gegen Rassismus müssen endlich her!“ Falls wir auf Menschen treffen, die auch zuhören, und solchermaßen selbst das Gesprächsthema mitbestimmen können, sei hier empfohlen, ganz grundsätzlich mit Migration zu beginnen. Damit wird vermieden, das Gespräch durch einen nationalen Rahmen zu begrenzen, wie es der Integrationsbegriff automatisch tut. Wenn wir über Migration reden, stoßen wir umgehend auf jene kollektiven Tabus, die mit der Integrationsdebatte zugedeckt werden. In diesem Sinne: Reden wir über Migration, am besten Klartext.

## Migration steigt an

Die erste Falle bei der Diskussion über Migration ist die Frage, ob die Grenzen offen sein sollen oder nicht. Die Forderung nach offenen Grenzen ist unsinnig. Nicht deshalb, weil diese Forderung nicht realisierbar ist. Nicht deshalb, weil sie den Nationalstaat in Frage stellt. Sondern weil die Grenzen bereits offen sind. Zwar wurden die Grenzen in den vergangenen Jahren zunehmend militarisiert und das Fremdenrecht verschärft. Aber deswegen anzunehmen, dass keine MigrantInnen mehr nach Österreich gelangen, ist schlichtweg ein Irrglaube bzw. ein Zeichen für den Erfolg der propagandistisch verlautbarten Politik der Migrations-Abwehr, die das Innenministerium betreibt. Die meisten Menschen, die illegalisiert werden, kommen zunächst legal über die Grenze: Als TouristInnen, Studierende oder Asylsuchende. Nur ein kleiner Teil der Menschen kommt heimlich oder wird geschmuggelt. Solange die Grenzen für Waren und mehrere Formen von Personenverkehr offen sind, sind die Grenzen für sehr viele Menschen überwindbar.

Dass Migrationsbewegungen im Zuge der Globalisierung wie auch verschärfter Ungleichheit weltweit zugenommen haben, ist auch eines der Forschungsergebnisse, die Bill Jordan und Frank Düvell schon 2002 in ihrem bemerkenswerten Buch „Irregular Migration: The Dilemmas of Transnational Mobi-



lity“ publiziert haben. Jordan und Düvell, sie lehren an den Universitäten Exeter und Oxford, stellten darin fest, dass die Migrationspolitik in den reichen Ländern zunehmend restriktiver gestaltet wird. Ihr schlichtes Fazit: “More mobility plus more restrictions equals more breaches of migration law.” Es kommt weltweit also nicht zu einem Stopp der Migration sondern zu einem Anstieg irregulärer Migration. Tatsächlich kommen nach wie vor sehr viele Menschen auch nach Österreich. Beratungsstellen und Aufnahmeeinrichtungen sind seit vielen Jahren ohne wesentliche Schwankungen stets mehr als ausgelastet.

## Grenzregime bedient Schattenwirtschaft

Was also passiert in diesem Prozess wirklich? Die Menschen werden durch moderne Grenzregime nicht an der Migration gehindert, sondern vielmehr in die Illegalität gedrängt. Immer mehr Menschen leben mit einem prekären Aufenthaltsstatus. Auf lange Sicht haben sie es schwerer, in den reicheren Ländern Fuß zu fassen. Je weniger Legalisierungsmöglichkeiten sich bieten und je rigider die Kontrollen, desto schneller die “Rotation” von Illegalisierten (insbesondere aus den sichtbarer Gruppen). Trotzdem vergehen üblicherweise Jahre, bevor ein Teil dieser Menschen ein Schlupfloch in die Legalität findet, ein anderer Teil dieser Menschen sich genötigt sieht, weiterzuwandern, und wieder ein anderer Teil in die Fänge der Abschiebemaschinerie gerät, woraufhin sich ein großer Teil der Abgeschobenen wieder auf den Weg in die reicheren Länder macht.

Und was tun die Menschen in diesen Jahren hier? Natürlich arbeiten sie, obwohl sie offiziell nicht arbeiten dürfen. Die Arbeitsstriche sind täglich pumpvoll mit kräftigen jungen Männern. Eine Putzfrau oder eine Babysitterin zu organisieren, kostet höchstens drei Telefonate. Falls mal eine Repara-

tur oder eine Renovierung oder sonst irgendwas Handwerkliches zu tun ist, kennt jede/r irgendwen. Pflege, persönliche Dienstleistungen, Gastgewerbe, Sexarbeit, Transport, was auch immer. Körperliche Arbeitskraft ist überall billigst zu haben. Die Schattenwirtschaft blüht, weil alle Beteiligten das für sie Beste aus der Situation machen. Die Frage nach Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis wäre peinlich. Keine Sozialversicherung zu zahlen ist bestenfalls ein Kavaliersdelikt. Und es ist politisch korrekt, Illegalisierten Verdienstmöglichkeiten zu eröffnen. Ätsch. Trotz massiver Abwanderung der arbeitsintensiven Produktion aus den reicheren Ländern im Zuge der Globalisierung finden auch illegalisierte MigrantInnen hierzulande immer noch viele Verdienstmöglichkeiten vor. Die Schattenwirtschaft sichert ihnen nicht nur das ökonomische Auskommen. Wie die meisten MigrantInnen überweisen auch die Illegalisierten Geld an ihre Familien in den Herkunftsländern und tragen so zum Ausgleich der globalen Ungleichheit bei. In Summe machen diese Überweisungen mehr aus als die gesamte so genannte Entwicklungshilfe (inklusive der verdeckten Exportförderungen). Die MigrantInnen tragen aber auch positiv zur Wirtschaftsleistung der Einwanderungsländer bei. Ein flexibles Arbeitskräftereservoir, das sich schnell und auf eigene Kosten dorthin bewegt, wo Arbeitskraft tatsächlich gebraucht wird, ist im Rahmen einer kapitalistischen Logik von Vorteil. Die NützlichkeitsrassistInnen haben also systemlogisch recht.

## Auswirkungen der Illegalisierung

Jordan und Düvell bezeichnen irreguläre Migration als ein „Verbrechen ohne Opfer“. Stellt sich die Frage, wozu es die Illegalisierung eigentlich braucht? Die Illegalisierung trägt zu einer Verbilligung von Arbeitskraft bei. Ergo Lohndumping und verschärfte Ausbeutung. Und die Illegalisierten können die



In der Gastronomie oder anderswo: Migration und Illegalisierung sorgen für Nachschub im Arbeitskräftepool. Nach der Systemlogik des Kapitalismus haben die VerfechterInnen des Nutzbarkeitsdiskurses recht. Lohn- und Sozialdumping machen die Arbeitskraft billiger.

Bedingungen und Standards ihrer Arbeit weniger gut verhandeln als Nicht-Illegalisierte. Ergo Sozial-, Gesundheits- und Umweltdumping. Und die Illegalisierten sind schwerer gewerkschaftlich organisierbar, weil sie notgedrungen in weniger sichtbaren Bereichen und in vereinzelt Einheiten arbeiten. Der Sozialversicherung entgeht dabei ein Haufen Beitragszahlungen. Ungerecht sind diese Verhältnisse auch, denn sie produzieren das Gegenteil von „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Sie erzeugen eine rechtlose Unterschicht in der Gesellschaft mit samt einem erhöhten Gewaltpotential. Auf Basis solcher extremer Machtasymmetrie gedeihen moderne For-

## AUCH EINE FOLGE DER ILLEGALISIERUNG: DIE ARBEITSSTRICHE SIND PUMPVOLL.

men der Sklaverei und des Menschenhandels. Ähnlich wie in der Gefängnisindustrie sind in der Abschiebeindustrie in den vergangenen Jahrzehnten viele Arbeitsplätze entstanden. Das ist nicht so einfach rückgängig zu machen. Und natürlich haben auch menschenverachtende Personen das Recht auf ein ökonomisches Auskommen... Aber bevor wir uns jetzt angesichts von so viel gesellschaftlicher Fehlleitungen selbstgerecht an den Kopf greifen, kurz zurück zum Start.

Die Verweigerung (der Kenntnisnahme) offener Grenzen ist bis in die NGO-Szene hinein weit verbreitet. Nur eine kleine Minderheit ist bislang der Ansicht, dass Bewegungsfreiheit herrschen soll und dass es allen Menschen möglich sein sollte, ihren Lebensmittelpunkt auf diesem Planeten frei zu wählen. Die Mehrheit denkt, dass ein bestehendes Gemeinwesen das Recht und die Möglichkeit haben soll, andere vom „eigenen“ Territorium auszuschließen. Wohlgeredet reden

wir hier nicht von einzelnen auszuschließen den ÜbeltäterInnen, sondern von vorweg bestehenden Gruppenprivilegien und -ansprüchen, von Geburtsrechten auf ein Territorium. So gesehen irgendwie pfui, oder? Gepaart mit dem wohlmeinenden Nützlichkeitsrassismus, von wegen MigrantInnen seien unentbehrlich für „unsere“ Wirtschaft und „unser“ Sozialsystem und „unsere“ Krankenhäuser etc., wird der Anspruch auf „unser“ Territorium besonders übel.

### Gewerkschaft und Illegalisierung

Von gewerkschaftlicher Seite wird gegen die Bewegungsfreiheit argumentiert, dass ein unbegrenztes Arbeitskräfteangebot nicht organisierbar sei und zu allgemeinem Lohndumping führe. Offene Grenzen erscheinen in dieser Logik als neoliberales Konzept. Dann doch besser ein Kastensystem, wo die besser gestellten Lohnabhängigen als begrenztes Arbeitskräfteangebot organisierbar erscheinen, während die Arbeitgebenden via staatlicher Strafen davon abgeschreckt werden sollen, Illegalisierte zu beschäftigen. Dieses System funktioniert einigermaßen z.B. auf Großbaustellen, wo die Kontrollen der Finanzpolizei in den letzten Jahren zu einem deutlichen Rückgang des Einsatzes von illegalisierten BauarbeiterInnen geführt hat. Damit werden Lohn- und Standarddumping in Bereiche abgedrängt, wo die Gewerkschaft ohnehin nie zu Hause war: private Haushalte und Kleinbetriebe. Das Problem mit dieser Strategie ist, dass die Gewerkschaft bei den MigrantInnen die politische Glaubwürdigkeit verliert. Die Gewerkschaft wirkt auf die MigrantInnen wie eine staatliche strafende Instanz, was jeglichen Versuchen der Organisation von Illegalisierten diametral entgegensteht. Solidarität der Lohnabhängigen kann so nicht entstehen. Dennoch sind fast alle in der Gewerkschaft einstweilen für ein strenges Grenzre-

gime. Eine Minderheit in der Gewerkschaft ist für gleiches Arbeitsrecht für Alle, auch wenn sie nur vorübergehend im Lande sind. Das ist immerhin eine Position, bei der eine Diskussion ansetzen kann.

### Grundeinkommen für Illegalisierte

Jordan und Düvell schlagen letztlich ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle – auch für Illegalisierte – vor, damit die Beziehenden von niedrigeren Einkommen nicht jegliche Arbeit auch zu schlechten Bedingungen annehmen müssen. Ein allgemeines Grundeinkommen würde Lohn- und Sozialdumping entgegenwirken und Standards im Gesundheits- und Umweltbereich sowie im Arbeitsrecht sichern. Derzeit wird mit Sozialleistungen und Umverteilungsmaßnahmen nationalistisch protektionistisch umgegangen. Aber das muss nicht sein. Das Grundeinkommen auch für MigrantInnen wäre finanzierbar, weil flexibel ausdehnbar auf diejenigen, die zum Wohlstand des Gemeinwesens mit ihrer Mobilität und Arbeitsleistung beitragen. Das setzt allerdings eine allgemeine Legalisierung voraus.

Zur Finanzierung des Grundeinkommens müssten außerdem politische Kämpfe rund um Besteuerung von Reichtum und Verteilungsgerechtigkeit geführt werden. Hier könnte es eventuell zu einer Allianz zwischen Gewerkschaften, NGOs und politischen Initiativen kommen. Die Einbeziehung/Organisierung von MigrantInnengruppen in eine solche Allianz wird aber nur funktionieren, wenn sich endlich eine positive Bewertung von Migration und von MigrantInnen durchsetzt. Das inkludiert weniger Restriktion und Vertreibung. Besser wär's. Gscheiter wär's. Fairer wär's. Also falls Ihr LeserInnen auch der Meinung seid, dass es nicht so weitergehen soll wie bisher, dann bitte in Hinkunft über Migration statt über Integration zu diskutieren.



IM ORIGINAL.  
**The New York Times**  
JETZT 4 WOCHEN GRATIS TESTEN.

## Weltoffenheit.

Tag für Tag den Horizont erweitern. Der Qualitätsjournalismus des STANDARD lässt Sie die Welt immer wieder neu sehen. Zum Beispiel jeden Montag mit der Beilage der New York Times im originalen Layout und Wortlaut. Blättern Sie rein.



4 Wochen gratis lesen: [derStandard.at/Abo](http://derStandard.at/Abo) oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen



## Händisch umverteilen

Der Sozialverein „Wiener Tafel“ verteilt täglich drei Tonnen Lebensmittel und Hygieneprodukte an Arme. Und wann kommt das bedingungslose Grundeinkommen?

©Wiener Tafel

## DEMOKRATIE

# Verfassungsschutzbericht mit blinden Flecken

Zwar könne sie weder konkrete Belege noch Zahlenmaterial nennen. Dennoch sei für sie evident, dass der islamistisch motivierte Extremismus und Terrorismus „die größte Gefahr für die Sicherheit Europas und Österreichs“ sei. Das verkündete die Innenministerin bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2011. Im Rechtsextremismus sieht der Bericht derzeit hingegen „keine ernsthafte Gefahr für den Staat bzw. die Verfassung oder eine Bedrohung der inneren Sicherheit.“

Die Schlussfolgerungen des Innenministeriums sind erstaunlich, explodierte doch gerade die Anzahl rechtsextremer Straftaten im Jahr 2010. Erstmals haben die Anzeigen hinsichtlich rechtsextremer Tathandlungen die 1.000er-Marke überschritten. Bemerkenswert ist auch, dass der Bericht zwar rechtsextreme Straftaten kennt, aber keinen solchen Terrorismus. Während es im Kapitel „Terrorismus“ Abhandlungen zu Islamismus und Separatismus gibt, findet sich keine einzige Zeile zum historischen und gegenwärtigen

Drohpotential der rassistischen Rechten. Schweigen herrscht auch über die diversen Verbindungen der FPÖ zu rechtsextremen Szenen in- und außerhalb Österreichs. Das antidemokratische Potential im Umfeld der FPÖ – wie auch in der Partei selbst – wird nicht durchleuchtet. Stattdessen überrascht der Bericht mit der Feststellung, dass „rechtsextremistische Etablierungsversuche in der österreichischen Parteienlandschaft von den Behörden unterbunden werden konnten.“ apo

## Asylsuchende erhalten Rechte

**Brüssel setzt durch, was nationale Regierungen bislang verhindert haben. Menschen, die Schutz suchen, werden Rechtsberatung erhalten. Ab 1. Oktober muss Flüchtlingen, die in Asylverfahren oft völlig isoliert und der Sprache nicht mächtig sind, verpflichtend Rechtsbeistand geleistet werden.**

## Kinder in Schubhaft

Innenministerin Mikl-Leitner hielt kürzlich in der „Presse“ fest: „Kinder waren nicht in Schubhaft, Kinder sind nicht in Schubhaft.“ Schlecht informiert oder bewusste Unwahrheit? Die „Presse“ selbst stellte richtig: 115 Familien wurden 2010 „verwahrt“, und auch heuer warten dutzende Kinder auf die Abschiebung.

## Berlakovich: Bunker-Mentalität

**Gitterkäfige, in denen sich Schweine nicht umdrehen können, sind artgerecht. Das befand Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich auf die grüne Forderung, Kästen abzuschaffen. Wann kommen Ministerinnen, die die Intelligenz der Bevölkerung nicht beleidigen?**



Rotweißrotes Schweinefleisch: zu 97% nicht-Bio.



Baracke am Stadtrand von Sofia: Viele OsteuropäerInnen betteln bei uns, weil sie wissen, dass der Verlust der Wohnung der Anfang eines Abstiegs ist, aus dem ihre Familie über Generationen nicht mehr so leicht herauskommen würde.

## ARMUT

# Eine Mafia, die bettelt?

Wer nach Österreich kommt, um zu betteln, hat zu Hause materiell kaum noch etwas zu verteidigen. Die Filmemacherin Ulli Gladik hat BettlerInnen nach Bulgarien und in die Slowakei begleitet. Ihre Schilderungen lassen den Begriff Prekariat neu definieren.

REPORTAGE & FOTOS: ULLI GLADIK

**E**s war im Winter 2001. Ich war damals Austauschstudentin an der Kunstakademie in Sofia. Bei einem Spaziergang entdeckte ich hinter den Plattenbauten von Druzha kleine, zeltähnliche Behausungen. Kinder mit verfilzten Haaren zogen einen Wagen voll Wasserflaschen. „Ja, wir wohnen hier“, bestätigten sie mir und forderten mich auf, mitzukommen. Eine Frau zeigte mir ihre Hütte aus Alublech und Karton. Statt einer Tür hingen alte Decken vor dem

Eingang. In einer kleinen Blechtonne brannte ein Feuer, darauf stand ein Kochtopf: „Das sind Linsen, Linsen vom Müll“, erklärte mir Slavka, so hieß die Frau. Sieben Kinder hat sie, und wenn sie nichts mehr zum Essen haben, geht sie raus auf die Landstraße, um mit Männern zu schlafen, für 5 Lewa. Ein kleiner Junge trug eine Katze mit sich rum, am Bein, dann am Schwanz, dann am Nacken. Ein Mann kam und füllte Klebstoff in Plastiksäckchen, zum Schnüffeln. „Das macht

warm“, erklärte er mir. Ständig zerrte jemand an meinem Arm, an meiner Jacke, an meiner Hand. Die Kinder schmiegen sich an mich und lachten. Dann reichte mir jemand einen Plastikbecher Schnaps. Ich nahm ihn dankbar entgegen. Ganz schön komisch kam ich mir vor mit meiner Daunenjacke, meinen gefütterten Stiefeln, meiner bürgerlichen Existenz zwischen den kaum bekleideten Leuten, den vor Kälte und Hunger zitternden Kindern.



Ein bisschen Wärme. Autoreifenfeuer am Stadtrand von Sofia

Weiter drüben im Schnee: schwarze Plastikpfützen und Drähte. Auf dem Feuer ein Blechkanister mit Wasser. „Wir wärmen Wasser für die Kinder zum Baden“, erzählte mir eine Frau. Wir standen ums Feuer. Alle atmeten den Gestank der Autoreifen, die langsam verbrannten. Ob sie nicht wissen, dass das giftig ist, fragte ich. Alle lachten. Natürlich wissen sie das, aber ohne Holz, wer will schon erfrieren? Früher hatten sie in einem Wohnhaus gewohnt, man hat ihnen die Heizung und den Strom abgedreht und sie raus geworfen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen konnten. Seitdem leben sie mal hier mal dort, sagten sie. Keine Arbeit, kein Geld, kein Haus, und die Kinder, die werden in keiner Schule mehr aufgenommen mit dieser Adresse.

### Mariahilferstraße

In Wien traf ich Kirtsho Enev\*. Er stammte aus einem der Viertel, die ich in Sofia nach diesem ersten Erlebnis besucht hatte. Er bettelte. Damals, 2003, gab es auch schon die

se Berichte in den Zeitungen von den „Hintermännern“, die Menschen verstümmelten und zum Betteln zwangen. Von den Zigeunerbossen, die mit dem Mercedes ihre BettlerInnen einsammeln und sich Villen in Bulgarien und Rumänien bauen.

Ich war ganz aufgeregt, als ich Kirtsho in seinem Rollstuhl zum nächsten Kaffeehaus

**Feuer aus Autoreifen:  
Giftig? Ja, lachen sie,  
aber besser als  
zu erfrieren.**

schob, dachte seine „Hintermänner“ würden uns folgen. Ich war mir sicher, dass er meine Hilfe brauchen würde und deswegen mit mir reden wollte. Doch es folgte uns niemand. Zufrieden saß Kirtsho beim Kaffee, rauchte und lobte die schöne Wienerstadt. Sie seien zu dritt, versicherte er mir. Teilen lediglich das Quartier und waren gemeinsam im Linienbus angereist. Ein Mann hatte ihnen das

Quartier organisiert und verlangte dafür naturgemäß Miete.

Und seine Körperbehinderung hatte er von einer Kinderlähmung.

Kirtsho brauchte meine Hilfe erst später. Stefan, sein Kollege, rief mich an und teilte mir mit, dass Kirtsho verschwunden war. Nach stundenlangen Telefonaten stellte sich heraus, dass er im Schubhaftgefängnis am Hernalser Gürtel festgehalten wurde. Als ich ihn besuchte, war er in erbärmlichem Zustand. Er zitterte und heulte. Zehn Tage später wurde er abgeschoben und erreichte Bulgarien mit einer Lungenentzündung, von der er sich lange nicht erholte.

### Eine Mafia, die bettelt?

Bewegt von der Begegnung mit Kirtsho und interessiert, was es mit der Bettelmafia auf sich hat, organisierte ich Geld für ein Filmprojekt übers Betteln. Mit ÜbersetzerInnen machte ich mich schließlich auf, um Interviews zu führen. Es waren immer ähnliche Geschichten, die uns erzählt wurden: Ar-



„Die Mafia beschäftigt sich mit Prostitution, Waffen, Drogen. Das ist lukrativer als Betteln.“ Andrej Olah\* mit Frau und Tochter in seinem Häuschen in der Südslowakei.

beitsplatzverlust, (drohende) Obdachlosigkeit, Vertreibung, Sozialhilfe, die nicht zum Überleben reicht, kein Geld für medizinische Versorgung, etc. etc. Die Bettelmafia fand ich nicht. Trotz oftmaligem Nachfragen und Nachspionieren. Die Bulgaren sagten, die gäbe es bei den Rumänen, die Rumänen sagten, die gäbe es bei den Ungarn, die wiederum meinten, die Bulgaren wären als Mafia organisiert. Wir trafen Familien aus Rumänien, die ihre Heimat verlassen hatten, weil sie zu verhungern drohten und in Wien schließlich bettelten. Wir lernten eine Gruppe BettlerInnen aus der Slowakei kennen, die alle aus dem selben Dorf kamen. Jeden Monat investierten sie ihre Sozialhilfe in ein Zugticket nach Wien, um nach zwei Wochen mit 100 oder bestenfalls 200 Euro in ihre Heimat zurück zu kehren.

„Eine Bettelmafia macht keinen Sinn“, sagten sie mir, „denn mit Betteln kannst du nicht viel verdienen, fünf oder zehn Euro, wenn du Glück hast vielleicht zwanzig am Tag. Falls dir die Polizei nicht das Geld abnimmt.“

„Die Mafia, die beschäftigt sich mit Prostitution, Waffen und Drogenhandel, oder Autodiebstahl, das ist lukrativer“, erklärte mir Herr Olah.

### **Erniedrigende Leibesvisitation**

Andrej Olah\* kommt ebenfalls aus dem slowakischen Dorf. Mit ihm und seinem 18-jährigen Sohn war ich eine ganze Woche lang unterwegs. Meist bettelten sie in Meidling, manchmal aber auch auf der Kärntnerstraße, wo dann einer der beiden Schmiere stand, denn wenn mensch im ersten Bezirk beim Betteln erwischt wird, heißt das nicht nur erniedrigende Polizeikontrollen inklusive Leibesvisitation, sondern auch Verlust des erbettelten Geldes. Denn das Geld, das ein/e BettlerIn bei sich hat, kann von der Polizei abgenommen und als „verfallen“ erklärt werden und muss nicht zum Strafausmaß für unerlaubte Bettelei angerechnet werden – belehrte mich die Pressestelle der Bundespolizeidirektion. Früher betrug das Strafausmaß 70 Euro, mittlerweile kann sich das schon auf bis zu 700 Euro erstrecken.

Abends gingen Herr Olah und sein Sohn dann zum Praterstern. Hier trafen sie Leute aus ihrem Dorf, erzählten sich die Erlebnisse des Tages, holten sich beim Canisibus der Caritas eine Suppe und gingen dann gemeinsam mit den anderen in ein Abbruchshaus zum Schlafen. Im Abbruchshaus verstand ich dann, was es heißt, seine Familie zu verlassen, um sich Tag für Tag auf Wiens Straßen für ein paar Euros zu erniedrigen und dann die Nächte auf Kartons in der feuchten Kälte eines Wiener Abbruchshauses zu verbringen. Immer in Gefahr, von der Polizei mitgenommen zu werden, das gesamte Geld zu verlieren oder gar für ein paar Tage in der Rossauer Kaserne zu verschwinden.

Damals – 2006 – kannte ich fast alle BettlerInnen in Wien. Ich wusste, wer wo saß, wer von wo kam und unter welchen Bedingungen hier in Wien lebt. Es passierte nie, dass jemand nicht mit mir sprechen wollte. Im Gegenteil, ich hatte das Gefühl, dass die BettlerInnen froh waren, wenn mal jemand zuhörte.



Wer in Wien bettelt, muss immer damit rechnen, dass ihm/ihr die Polizei das gesamte Geld abnimmt, es für „verfallen“ erklärt und dass er/Sie dann auch noch tagelang in der Rossauer Kaserne verschwindet.

### Zum Betteln gezwungen

Als mein Film fertig war – ich hatte schließlich eine junge Frau aus Bulgarien, die in Graz bettelt, mit der Kamera begleitet – lernte ich die Leute der BettelLobbyWien kennen. Sie hatten ähnliche Erfahrungen wie ich gemacht. Ferdinand Koller hatte im Rahmen seiner Diplomarbeit sogar sämtliche österreichischen Polizeipressestellen angerufen und nachgefragt, ob es Beweise für die „Bettelmafia“ gibt. Die Antwort war negativ.

Wo sind also die Ursachen für die Gerüchte? Ist es der hohe Sensationswert, den das Thema liefert, weswegen viele Medien BettlerInnen aus Osteuropa wieder und wieder als „Mafia“ kriminalisieren?

In Graz erzählte einmal eine junge Bettlerin einer recherchierenden Falter-Redakteurin, dass sie nicht freiwillig bettelt und fand sich dann als „Bettelsklavin“ in der Titelstory wieder. Die Grazer Behörden waren alarmiert, doch die behinderte Rumänin wollte keine Anzeige erstatten. Ihre „Peinigerin“ war ihre eigene Mutter. Und es blieb ihr ohnehin nichts anderes als zu betteln, so sehr

sie es auch hasste. Denn in Rumänien gibt es für Roma weder Behinderteneinrichtungen noch adäquate finanzielle und medizinische Versorgung. Es ist also nicht die Praxis der „Zwangsverstümmelung“ der Bettelmafia, die so viele Behinderte zum Betteln nach Mitteleuropa bringt, wie so gerne kolportiert wird, sondern lediglich die mangelhafte bzw. rassistische Sozialpolitik der EU-Länder Rumänien, Bulgarien und der Slowakei.

**Eine junge Bettlerin erzählte einer Falter-Redakteurin, sie bettelt nicht freiwillig. Sie fand sich dann als „Bettelsklavin“ in der Titelstory wieder.**

### „Mit Bussen hergekartt“

Zurück aber zur „Bettelmafia“. Meist sind die Zeitungsmeldungen über die „Mafia“ ja eher diffus gehalten. Eine Meldung im September 2009 im ORF Salzburg online schien mir aber doch – trotz Konjunktiv – etwas konkreter zu sein. BettlerInnen werden „ge-

zielt mit Bussen nach Salzburg gebracht und würden oft auch von kriminellen Hintermännern zum Betteln gezwungen“, hieß es da. Der Bericht basierte auf einem Interview mit dem Salzburger Stadtpolizeikommandanten Lindenthaler, was auch ungewöhnlich war, denn wenn es um die „Bettelmafia“ geht, sind die zitierten Beamten meist namenlos. Ich rief den Oberst an, um genaueres über die Salzburger „Bettelmafia“ zu erfahren. Auf meine Frage, ob es nicht Menschenhandel und Nötigung wäre, wenn jemand zum Betteln gezwungen werden würde, winkte er ab: „Nein, das ist es absolut nicht. Er (der Hintermann) zwingt ihn ja nicht, er geht nur her und nimmt ihm das Geld vorläufig ab. Ob das dann wieder ausgegeben wird oder aufgeteilt wird, das entzieht sich ja unserer Kenntnis.“

Also doch nicht von „Hintermännern zum Betteln gezwungen“! Deswegen also der Konjunktiv, es könnte lediglich sein!

Etwas später wurde mir klar, worin die Motivation für diese Onlinemeldung lag: „Wir in Salzburg wollen’s (Betteln) nicht tolerie-

ren, speziell im Sommer während der Festspielzeit, weil viele Gäste da sind und das einfach kein gutes Bild macht, wenn in der Getreidegasse oder sonst in der Altstadt gebettelt wird.“ so der Oberst.

BettlerInnen werden also pauschal kriminalisiert, ihre moralische Integrität und die Legitimität ihres Handelns wird ihnen abgesprochen. Und ist das konstruierte Bild von den Hintermännern in der Bevölkerung erst mal präsent, ist sie auch bereit, härteren Strafen und Verboten zuzustimmen, denn genau das forderte Oberst Manfred Lindenthaler: „weil höhere Strafen abschreckend sind ...“

### Polizei zeigt sich verwundert

Ein andermal war es eine ganze Serie von Meldungen, die mich neugierig machte. Diesmal in der Kärntner Krone: „Bettler werden immer aggressiver“, „Wer nichts gibt, bekommt Watschn“, „Körperliche Attacken in Osttirol an der Tagesordnung“, „Bettelorganisationen tauschen ihre Leute immer wieder aus“.

„Es hatte auch Anzeigen gegeben“, bestätigten „Ermittler“ der Krone.

Als ich die Polizei anrief, war sie verwundert: „Das ist mir neu“, sagte der Lienzer Stadtpolizeikommandant Oskar Monitzer, „Ich weiß nicht, mit welchem Beamten da gesprochen worden ist.“ In Lienz jedenfalls konnte man keine kriminellen Bettelorganisationen nachweisen, und es gab auch keine Anzeigen wegen aggressiver Bettelei. Und Polizeikommandant Eugen Schluga aus Klagenfurt sagte mir: „Wir haben in Klagenfurt zwischen 5 und 15 Bettler. Das sind immer dieselben, die kommen schon seit Jahren. Aggressiv sind die nicht, sonst würden wir ja einschreiten.“

Die Spur führte mich schließlich ins Rathaus von Klagenfurt. Als ich dort anrief und mich auf die Meldungen über aggressive BettlerInnen bezog, wurde ich sofort mit Stadtrat Wolfgang Germ verbunden. Auch er war in den Berichten mehrmals zitiert worden.

Germ: „Ich spreche mich gegen des organisierte Betteln aus, das gehört verboten“, erklärte mir der Stadtrat. Und was verstehen sie unter „organisiertem“ Betteln? „Erstens amol aggressives Betteln und daun holt, wo ma merkt, dass holt die Leute überhaupt nit amol von Österreich sein, keine österreichische Staatsbürgerschaft ham, dass irgendwas daherstammeln, sich nicht einmal ausweisen können, dann ist das für mich organisiert.“



Natasha Kirilova bettelte viele Jahre in Graz. Mit dem erbettelten Geld konnte sie die Kreditraten ihres Häuschens in Bulgarien abbezahlen und hat so ihre Eltern, Geschwister und Kinder vor der Obdachlosigkeit bewahrt. Filmstill aus „Natasha“



„Was sollen die Leute denn tun, die Situation wird Tag für Tag schlimmer. Niemand von meinen Nachbarn oder Verwandten hat heute einen Job. Die Krise ist noch lange nicht zu Ende, im Gegenteil, es wird täglich schlimmer. Hier sind viele Familien die einfach nur noch hungern.“ Natasha Kirilova

**„Absichtlich verstümmelt“**

Nicht nur in Kärnten und Salzburg kriminalisieren PolitikerInnen mit Hilfe der Hintermännertheorie BettlerInnen, wenn es darum gehen soll, sie aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Auch das sozialdemokratische Wien kreierte im März 2010 ein neues Bettelverbot. Der damalige Clubchef, Siegi Lindenmayr, belehrte die BettelLobbyWien, dass es die „herangekehrten moldawischen Bettler sind, die sich absichtlich verstümmeln und danach organisiert das erbettelte Geld abnehmen lassen“, gegen die, beziehungsweise deren Hintermänner, sich das neue Bettelverbot richten würde. Im Gesetzesantrag zum „gewerbsmäßigen“ Bettelverbot ging es dann nicht mehr um „ausgebeutete“ BettlerInnen.

Das Gesetz soll sich schlicht gegen Personen richten, „die Wien offensichtlich organisiert und ausschließlich deshalb aufsuchen, um zu betteln und sich auf diese Weise eine fortlaufende Einnahmequelle zu verschaffen.“ Nicht nur, dass das Gesetz zwischen WienerInnen und NichtwienerInnen unterscheidet und sich zudem niemand auskennt, was hier eigentlich verboten sein soll, es verstößt auch gegen eine Reihe von Grundrechten.

Auch in den Sitzungsprotokolle des Wiener Gemeinderats findet man Aussagen von kriminellen Banden, von Bossen, Hintermännern und Bettlerkönigen, die – völlig unhinterfragt von verantwortlichen PolitikerInnen verwendet – Elemente alter antiziganistischer Vorurteile in sich tragen.

**Bringschuld aus der NS-Zeit**

In der Steiermark verlief die öffentliche Debatte ähnlich. Obwohl die Vinzenzgemeinschaft um Pfarrer Wolfgang Pucher und eine ForscherInnengruppe der Uni Graz fast alle BettlerInnen persönlich kennen, strapazierten PolitikerInnen und Medien auch hier das Mafia-Argument. Als Sabine Jungwirth von den Grünen bei der Landtagsdebatte in Graz anmerkte, dass das steirische Bettelverbot ausgerechnet Angehörige der Romaminderheit treffen würde, die ohnehin seit Jahrhunderten verfolgt werden und denen gegenüber wir ÖsterreicherInnen aufgrund der Romaverfolgung in der NS-Zeit eine Bringschuld haben, erntete sie empörte Zwischenrufe. Walter Kröpfl von der SPÖ verlangte sogar einen Ordnungsruf.

Übrigens: Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage der Grünen wurde heuer bekannt,

dass seit 2008 lediglich in zwei Fällen wegen Verdacht auf Menschenhandel und Gewalt in Zusammenhang mit Betteln ermittelt wurde. Ob es Verurteilungen oder Freisprüche gab, wurde seitens der Justiz trotz Anfrage allerdings nicht mitgeteilt. Einer der beiden Fälle sind wohl die „17 Hintermänner und 80 Opfer“, die in vielen Varianten seit einem Jahr durch die Medien geistern. Es kam laut Süddeutscher Zeitung nicht zur Anzeige, da die „Opfer sich nicht als Opfer gefühlt, sondern die Bettelsituation in Österreich als lebenswerter und würdiger empfanden, als ihre Lage in Rumänien.“

\* Name von der Redaktion geändert.

*Ulli Gladik, Regisseurin und Mitstreiterin bei der BettelLobbyWien, hat die Bulgarin Natasha Kirilova zwei Jahre lang mit der Kamera begleitet. Der Dokumentarfilm „Natasha“ war auf Festivals und im Kino zu sehen und ist jetzt auf DVD erhältlich.*

[www.natasha-der-film.at](http://www.natasha-der-film.at)

<http://bettellobbywien.wordpress.com>

INTERNATIONALES FILMFESTIVAL  
DER MENSCHENRECHTE

**this human  
world 2011**

1.–10.  
DEZEMBER

GARTENBAU TOPKINO  
SCHIKANEDER FILMHAUSKINO STADTKINO

this human world 

## NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



### EIN GEBROCHENER ARM ...

Ein zehnjähriger Bub fällt blöd beim Radfahren, jammert fürchterlich über Schmerzen. Die Familie wohnt bei mir, die sind aus Tschetschenien geflüchtet. Ich geb der Mutter Geld, dass sie mit dem Kind ins Spital fährt. Dann kommt sie aus dem Böhler zurück und sagt, der Arzt hat gemeint, man muss operieren, das sei ein komplizierter Bruch, und sie muss unterschreiben, dass sie 4.950 Euro zahlt. Sie sagt, das kann sie nicht unterschreiben, weil sie das ja nicht zahlen kann. Stellen Sie sich vor: Wenn die nicht zu mir kommt, dann wird dem Kind der gebrochene Arm nicht operiert. Da muss man sich doch den Arzt anschauen, der so was entscheidet. Ist das nicht furchtbar? Die Familie hat keinen Versicherungsschutz, weil sie einen negativen Bescheid bekommen hat und aus dem Quartier in Oberösterreich weg hat müssen. Die Behörden setzen die Leute nach dem zweiten negativen Bescheid einfach auf die Straße. Ich hab mich dann drum gekümmert, man hat ja drei Monate rückwirkend Versicherungsschutz. Aber der Arzt sagt denen das nicht. Was sind das für Menschen, bitte? Wenn die nicht zu mir kommen, dann ist der zehnjährige Bub für den Rest seines Lebens ein Krüppel. Und wenn man's nicht menschlich, nur wirtschaftlich sehen will: Dann geht der vom 18. Lebensjahr an zum Sozialamt und ist ein Versorgungsfall. Dann kriegt er einmal eine Spritze und dann wieder eine Salbe und das ganze wird natürlich

nie wieder. Aber arbeitsfähig wird der dann nie sein. Das ist doch nur bössartig.

### ... UND EIN ZERBOMBTES HAUS

Jetzt haben sie in Wien Berufung eingelegt, sind aber nicht in der Grundversorgung. Die Frau ist eines Tages vor meiner Tür gestanden, die Familie hatte ja nichts zum Schlafen. Wir haben sie dann hier im Haus untergebracht. Das ist eine große Familie mit den Großeltern, zwei Kinder, die sind neun und zehn Jahre alt, und ein Onkel ist auch noch mit. Seltsamerweise haben die aber nicht alle einen negativen Bescheid bekommen. Die zwei Alten sind abgelehnt worden, weil man ihnen nicht glaubt, dass ihr Haus zerbombt worden ist. Dabei haben sie sogar Zeitungsausschnitte mit, wo über ihren Fall berichtet worden ist. Was die erzählen stimmt hundertprozentig, weil mir einmal der Kleine ganz nebenbei, wie er wieder meine Katze gestreichelt hat, erzählt hat, dass er auch eine Katze gehabt hat. Und wie die Bombe gekommen ist, da ist das Haus in die Luft geflogen und er weiß nicht, was mit der Katze passiert ist. Ob die tot ist oder weggelaufen ist, und dass er immer an seine Katze denkt. Das ist eine Geschichte, die sich ein Kind nicht ausdenkt oder die man ihm einredet. Aber was soll's, das Bundesasylamt glaubt den Alten ja nicht. Dabei erzählen mir die Kinder, die Oma hat versucht, sich schon einmal aufzuhängen. Es ist einfach nur furchtbar.

### WOHNUNGS-SCHIKANE

Ich hab' eine andere tschetschenische Familie bei mir, die ist seit acht Jahren in Österreich. Die haben Asyl, also den Konventionsflüchtlingspass. Ein Ehepaar mit sechs Kindern, tadelloses Deutsch, die Kinder gehen in die Schule, die Frau ist toll, der Mann etwas weniger, aber er geht arbeiten, und sie hat alles gut unter Kontrolle. Die sind in einer Wohnung mit befristetem Mietvertrag. Der ist im Mai abgelaufen, die Frau hat rechtzeitig um eine Gemeindewohnung angesucht. Das Wohnungsamt im 10. Bezirk macht ihr einen Vorschlag: eine 73 m<sup>2</sup> große Wohnung mit vier Zimmern für acht Leute. Dort können die grad mal schlafen. Sie sucht dann im Internet über die Direktvergabe eine Wohnung mit 104 m<sup>2</sup> und drei Zimmern. Die Miete würden sie sich leisten können, die Ablöse auch. Sie sagt, die Räume sind so groß, dass sie sechs Zimmer daraus machen können. Also gehen sie zum Wohnungsamt, und was machen die dort? Sie verweigern die Übergabe. Die Begründung ist, die Wohnung hat ja nur drei Zimmer. Ich frag dann nach: Sind Sie sicher, 73 m<sup>2</sup> geht und 104 m<sup>2</sup> nicht? Ja, genau, krieg ich als Antwort. Von der Leiterin hab ich das dann auch noch einmal gehört. Also, was die Familie und mich das Zeit gekostet hat, und nix ist dabei herausgekommen ... Die verweigern denen die passende Wohnung und schalten einfach auf stur. Ist das nicht reine Schikane?

# POPULÄRKULTUR

**BUCH**



## Amoralisch lebt sich's besser

Der in Yale lehrende Philosoph Thomas Pogge stellt in seiner jüngsten Publikation „Armut und Menschenrechte“ ein Gedankenspiel an: Ist es Europa und den USA möglich, ihre wirtschaftliche Vormachtstellung zu bewahren und dennoch mit den moralischen Normen der Aufklärung in Einklang zu sein? Pogge bejaht, weil die Ausbeutung der Rohstoffe, die wir verbrauchen, korrupte Regime der Entwicklungsländer für uns übernehmen. Das hat nicht nur den Vorteil, sich eine leidige Diskussion über Verantwortung zu ersparen, sondern diese auch an die BürgerInnen der betroffenen Länder zurück zu geben. Diese seien eben nicht fähig, Demokratien zu errichten, usw. Von Rohstoffspekulationen und Finanzgeschäften lässt sich, so Pogge, derart bestens profitieren. Die Banken der reichen Länder nehmen das Geld aus Korruption und Ausbeutung gerne an. Dass es uns kalt lässt, dass jährlich etwa 18 Millionen Menschen an Armut sterben, habe im Unterschied zu

den unmittelbaren Ursachen der Armut nicht nur mit Profitsucht zu tun, sondern zuvorderst mit Unmoral und Skrupellosigkeit. Interessant, Pogge argumentiert das nicht im Sinn einer allgemeinen Verrohung, sondern mit den Mitteln der Kantischen Moralphilosophie: „Massive Armut besteht fort, weil wir ihre Beseitigung nicht für moralisch zwingend halten.“ Wir fühlen uns also nicht verpflichtet, weil wir für die von uns verursachte Armut gar nicht verantwortlich sind. Pogge hat eine Reihe pragmatischer Vorschläge zur Armutsbekämpfung. Deren schwerste Auswirkungen könnten bereits durch 1 % des Bruttosozialprodukts der einkommensstarken Länder beseitigt werden. Wir können die Zins- und Schuldenlasten verringern und die enormen Monopolgewinne einschränken, die wir aus unserem „geistigem Eigentum“ an Saatgut und Medikamenten ziehen; Ausbildungskosten für Fachkräfte erstatten, die wir aus armen Ländern abwerben; Anreize dafür verringern, Korruptionsgelder aus den armen Ländern in unsere Bankensysteme einfließen zu lassen; usw. Dass wir das nicht tun, sieht Pogge vor allem als moralisches Problem, denn die Moral würde uns dazu verpflichten.  
*Cathren Müller*

**Thomas Pogge**  
Weltarmut und Menschenrechte  
Kosmopolitische Verantwortung und Reformen  
**Gruyter Verlag, Neuauflage**  
29,95 Euro



Foto: Bernhard Kummer

**LISTEN  
2 X 5**

Eric Isaac ist seit zwei Jahren für MO als Kolporteur auf den Straßen Wiens unterwegs. In Österreich hat er um Asyl angesucht.

**The 5 most important things in my life, I wish to come true:**

- ❶ wish to be successful: financially, physically and morally.
- ❷ wish to support SOS Mitmensch and promote their ideas
- ❸ wish to help the African people – especially the women – by becoming an African ambassador in the UN
- ❹ want to fight racism against black and white people
- ❺ want to be a role model to motherless children

**5 things that should change:**

- ❶ My status here in Austria should change by getting a positive decision in my asylum trial
- ❷ Rich people should be more supportive to the poor
- ❸ I wish to bridge the gap between Muslims and Christians
- ❹ Racism between white and black people should be conquered
- ❺ More people should support SOS Mitmensch and similar NGOs

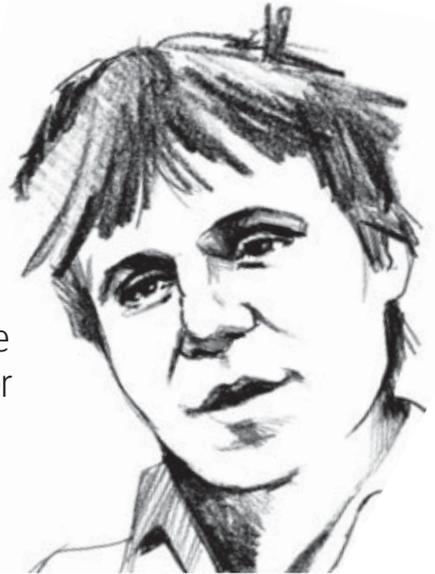
**Where do I see myself in 5 years?**

I see myself famous, rich and having a family!

# Der Name, den man nicht nennt

Professor Dumbledore sagt zu Harry Potter: Keine Angst, nenn' die Dinge beim Namen. In unserer Sprache scheint man die Dinge aber schon vergessen zu haben. Warum sonst würden Entlassungen „Freistellungen“ und Schutzsuchende „Schüblinge“ heißen?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK

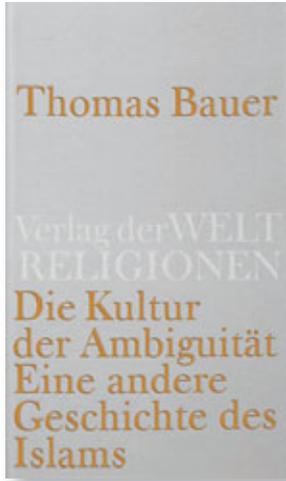


Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich  
Illustration: Petja Dimitrova

Ich geh ins Kino und schau den Potter-Film. Die Finanzmärkte sind nervös. In London brennen die Straßen. Alles an einem Tag. Und ich bin auch schon ganz unruhig. Zum Glück war ich zuerst im Kino. Dort gab es einen mächtigen Zauberer namens Voldemort, der nach Harry Potters Leben trachtet und am liebsten die ganze Welt beherrschen will. Die Bewohner der Zauberwelt wagen es gar nicht, Voldemorts Namen auszusprechen. Stattdessen sagen sie „Er, dessen Namen man nicht nennt“ oder „Du weißt schon wer.“ Nur wenige, unter ihnen Harry Potter und der Direktor der Zauberschule Hogwarts, Professor Dumbledore, nennen Voldemort so wie er nun mal heißt. „Nenn ihn Voldemort“, rät ihm Dumbledore. „Nenn die Dinge immer beim richtigen Namen. Die Angst vor einem Namen steigert nur die Angst vor der Sache selbst.“ Kühn gesprochen. Die Angst vor der Sache selbst und vor den Mächtigen hat eine Gehilfin. Die Sprache. Sie sagt zu Entlassungen „Freistellungen“, zur Zwangsernährung in Schubhaft „Heilbehandlung“, zu Arbeitslosen „Ich-AG“, zum Kriegsministerium „Verteidigungsministerium“, zu Pensionsminderung „Pensionsversicherung“, zur Kürzung von Sozialhilfe „Erhöhung der Treffsicherheit“, zu Schutzsuchenden „Schübling“, zur massenhaften Tötung von Menschen „Kollateralschaden“, zur Freiheitsbeschränkung für Einkommensschwache „Liberalisierung“, zu zielgerichteten Zerstörungsmaschinen „intelligente Waffensysteme“, zu Menschen im Krieg „weiche Ziele“, zu Auffanglagern für Flücht-

linge in Afrika „Begrüßungszentren“, zu Abschiedsbehaft „Ausreisezentrum“, zur wachsenden Schere zwischen arm und reich bloß „Unterschicht“, zur Belastung Ärmere „notwendige Anpassungen“, zur erfreulichen längeren Lebenserwartung „Überalterung“. Das Absacken von Aktienkursen heißt „Gewinnwarnung“, die Schließung von Postämtern oder Reduzierung von Dienstleistungen in strukturschwachen Regionen heißt „Angebotsoptimierung“, Niedriglöhne, von denen niemand leben kann, heißen „Differenzierung der Lohnstrukturen“, Verschlechterungen und Rückschritte heißen neuerdings „Reform“. Zu Lohnkürzungen soll man jetzt sagen: „Juhu, mein Gehalt wurde gerade reformiert.“ Und dann die Märkte. Die sind immer schlecht aufgelegt. Einmal sind die Märkte nervös, dann sind die Märkte misstrauisch, dann abwartend. Die Märkte ächzen, die Märkte sind verstört, die Märkte sind irritiert. Die Märkte sind vor dem Zusammenbruch, die Märkte sind panisch, die Märkte sind unruhig. Wären die Märkte zu mir in die Beratung gekommen, ich hätte schon früher, längst vor der Krise, geraten etwas zu ändern, dass das nicht gut geht mit ihnen, so nervös, dass man da zusammenbricht. Schaut stark nach depressiver Angststörung aus. Da lob ich mir den Potter. Die Finanzmärkte unruhig. Brennende Probleme in London. Alles an einem Tag. Zum Glück war ich als erstes im Kino.

## BUCH



### Islam Kultur der Ambiguität

Der Markt ist überschwemmt von Büchern über *den* Islam. Verfasst von selbsternannten ExpertInnen, wie der Autor kritisch in seinem Vorwort anmerkt, die zumeist kein Wort Arabisch sprechen, somit keine Quellen lesen können, dennoch viel zur allgemeinen Meinung beitragen. Auch eine mögliche Erklärung, wie der Koran zu seiner prominenten medialen Präsenz kommt. Er wird zwar oft zitiert, ist aber zur Analyse der Entwicklung islamischer Hochkulturen bis zu deren Niedergang gänzlich unbrauchbar. Wer mal reingeschaut hat, wird überrascht über die vage, poetische Form sein. Selbst das Gebot, fünf Mal täglich zu beten, findet sich nicht darin. Thomas Bauer, Professor an der Uni Münster, hat einen spektakulär anderen Weg eingeschlagen. Er vertritt die These, dass es in der islamischen Lehre nicht immer den Zug zur Auflösung von Widersprüchen in Glaubens-, Rechts- und Politfragen gegeben hat, sondern dass es



im klassischen Islam vielmehr eine Ambiguitätstoleranz gegeben hat. Das Nebeneinander von Lehrmeinungen und Ansichten, die Vieldeutigkeit von Begriffen, die sich widersprechenden Lösungen von Gelehrten zu Themen wie Familie, Krankheit, Sex oder Moral – all das sollte nicht in einer einzigen Wahrheit aufgelöst werden. Einsichten durften nebeneinander stehen, und das wurde sogar als Qualität angesehen. Wie es von diesem Reichtum an Ambiguität und Toleranz zum Niedergang kam, das interessiert Bauer in der Folge. Durch sein Quellenstudium ist er dabei aber auf keinerlei essentialistische kulturelle Theoreme wie die eingangs erwähnten Experten angewiesen, sondern findet zu einer ungemein lesenswerten, sachlichen, lebensnahen, absolut spannenden Lektüre. *red*

Thomas Bauer  
**Die Kultur der Ambiguität.  
Eine andere Geschichte des Islams**  
Verlag der Weltreligionen im  
Insel Verlag  
**462 Seiten, 32,90 Euro**

### Tierrechts-Prozess Gemeint sind wir alle!

Es war ein Aufsehen erregender Prozess, jener gegen 13 TierrechtsaktivistInnen in Wiener Neustadt, der am 1. Mai nach 13 Monaten mit einem Freispruch endete. Seither ist es still geworden um die ehemals Beschuldigten, die laut Anklage eine „kriminelle Organisation“ gebildet haben sollen. Dabei sollte gerade jetzt, nach dem Ende der Strafverfolgung der AktivistInnen besonders intensiv über die Causa diskutiert werden: Was können wir daraus lernen? Gab es ähnliche Beispiele schon vorher, könnte es in Zukunft weitere Fälle extremer Repression gegen politisch Engagierte geben? Haben wir es mit einem internationalen

Trend zu tun? Und nicht zuletzt: Welchen Beitrag leisten AktivistInnen wie die 13 angeklagten TierrechtlerInnen für die Gesellschaft? Diesen Fragen widmet sich der Band „§278a – Gemeint sind wir alle!“, der kürzlich im Mandelbaum Verlag erschienen ist. Politikwissenschaftler Christof Mackinger – selbst einer der Freigesprochenen – und die Historikerin Birgit Pack wickeln auf eindrucksvolle Weise die Tierschutz-Causa und ihre Querverbindungen auf. Leseempfehlung. *mas*

Christof Mackinger, Birgit Pack (Hg)  
**§278a: Gemeint sind wir alle!  
Der Prozess gegen die Tierbefreiungs-Bewegung und seine Hintergründe**  
Mandelbaum Verlag, 2011  
**408 Seiten, 16,90 Euro**

Stella träumt vom Schnorcheln auf den Galapagos Inseln, vom Trekking in Westt Tibet, von Mountainbike-touren am Kap der Guten Hoffnung und vom Kitesurfen auf dem Baikalsee. Toni mag die Bauernblumenrabatte im Augarten, den Geruch der Umkleidekabinen im Gänsehäufel und das Surren der Gelsen in der Lobau. Am Ende einigen sich beide auf Wildzelten im Kamptal und je eine neue Sonnenbrille.

**Brillen.manufaktur®**  
Nikolaus Hauser  
Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00



■ **Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.**

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick  
das Richtige tun!  
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Post** SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

## SPOTLIGHT

# Traiskirchen statt London

Islamisten drohten in Somalia mit Zwangsheirat, der Vater organisierte einen Schlepper. Was ihr auf der Flucht widerfuhr und wie sie ohne Familie und gesicherten Aufenthalt weitermachen will, erzählt die 16-jährige Somalierin Quabout im Rahmen des Stücks „Die Reise“.

PORTRAIT: NASILA BERANGY

**N**och einmal ihre Familie zu sehen, das ist Quabout Alis\* größter Wunsch. Vor zwei Jahren hatte ihr Vater beschlossen, sie müsse zu ihrer eigenen Sicherheit Somalia verlassen. Im Volkstheater erzählt sie nun, neben anderen Flüchtlingen, ihre Lebensgeschichte. Sie soll öffentlich werden, um das, was ihr widerfahren ist, keinem weiteren Mädchen passieren zu lassen.

Als Quabout vor einem Jahr 15 Jahre alt wurde, tauchten islamistische Rebellen auf, um sie zu verheiraten. Der Islam wolle das so, lautete die lapidare Begründung. Ihr Vater, ein frommer Muslim, widersetzte sich. Sie übten Druck auf die Familie aus. Als ihr etwas älterer Bruder Quabout schützen wollte, verschleppten ihn die Rebellen. Bis heute weiß Quabout nicht, was mit ihm passiert ist. Erst kürzlich erfuhr sie über das Rote Kreuz, dass sein Name auf der Liste eines Lagers in Mosambik steht. Ob er tatsächlich dort ist und lebt, ist bislang ungewiss. Nach den geschilderten Ereignissen befand ihr Vater schließlich, dass sie das Land so schnell wie möglich verlassen müsse. Er machte sich nach Mogadischu auf, um einen Schlepper zu suchen, der Quabout nach London bringt.

Was aus ihrer Familie wurde, weiß sie nicht. Diese vermute sie in London, meint Quabout. Indes muss die junge Frau auch an ihre eigene Zukunft denken. Sie will in Österreich Medizin studieren. Um dann als Ärztin ihrem Land zu helfen. Das entspräche auch dem Wunsch des Vaters. Damals, in Somalia, durfte nur ihr Bruder in der Moschee Mathematik, Englisch und Arabisch studieren. Sie nicht, für ein Mädchen hätte sich das nicht geschickt. Ihr Vater hatte deshalb zu Hause Privatunterricht organisiert. Heu-



Quabout, 16, ist Schutzsuchende in Österreich. Sie spricht, um andere zu warnen.

te spricht Quabout fließend Englisch. Wegen ihrer Sprachkenntnisse sollte sie ursprünglich nach England gehen. Doch der Schlepper brachte sie unter dreisten Lügen nach Traiskirchen. Als er sie bereits drei Monate lang in Äthiopien bei einem Ehepaar untergebracht hatte, kam er eines nachts zu ihr ins Zimmer und befahl, sie solle sich ausziehen. Als sie sich weigerte, kam das Ehepaar dazu und hielt sie fest, bis sie sich nicht mehr wehrte. Das, sagt sie mit fester Stimme, ist auch „der Grund, warum ich bei diesem Theaterstück mitmache. Wenn Somalier dieses Stück sehen, sollen sie begreifen, dass sie nicht einfach ihre Töchter fremden Menschen anvertrauen können.“

Die österreichischen Behörden erachten Quabouts dramatische Erlebnisse nicht als Asylgrund. Österreich bietet somalischen Flücht-

lingen grundsätzlich nur subsidiären Schutz. Sobald die Behörden der Meinung sind, die Lage habe sich wieder beruhigt, schickt man die Menschen wieder zurück, erklärt die Regisseurin des Theaterstücks, Jacqueline Kornmüller. Das gilt auch für Quabout. Sie wurde bislang einem ersten, vierstündigen Interview unterzogen. Mit wenig Feingefühl, wie sie selbst sagt, nötigte man sie, über ihre Vergewaltigung immer und immer wieder zu sprechen. Kornmüller vermutet dahinter die Absicht, „die Menschen los zu werden, anstatt den gesuchten Schutz zu gewähren.“ Der nächste Interviewtermin ist Anfang September, die Hoffnung auf einen positiven Ausgang lebt dennoch. Mit dem Theaterstück will Kornmüller die Zuschauer auffordern „zuzuhören und Empathie zu entwickeln, um die eigene Haltung zu überprüfen.“

Ob Quabouts Leben auch eine positive Wendung bekommt, hängt nicht allein von ihrem Flüchtlingsstatus ab. Im Moment ihrer Vergewaltigung hatte sie nur einen Gedanken: Nicht mehr zu leben. In Somalia haben Frauen, die sexuell missbraucht wurden, keine Existenzberechtigung, erzählt Quabout. Es wäre ihr sogar noch lieber gewesen, sie hätte einen von diesen Islamisten geheiratet. „Dann wäre ich wenigstens noch eine geachtete Person.“

Ob das Leben heute wieder für sie lebenswert ist? Sie will ihre Eltern finden. Sie sollen entscheiden, ob sie es verdient, weiterzuleben.

\*Name von der Redaktion geändert.

„Die Reise“ ist ab 23.9. im Volkstheater zu sehen. [www.volkstheater.at](http://www.volkstheater.at); [www.wennessoweitist.com](http://www.wennessoweitist.com)

# DANKE!

Wir danken allen unseren InserentInnen,  
SponsorInnen und SpenderInnen 2010.

Sie ermöglichen unsere Menschenrechtsarbeit  
mit dem Ziel der Chancengleichheit und Gleich-  
berechtigung für alle Menschen.



Spendenkonto:  
PSK Ktonr. 91000590  
BLZ 60000



**FINANZIERUNGSKRISE**

**Ein alternatives Budget muss her!**

Immer mehr ÖkonomInnen verkünden, dass Sozial- und Bildungsabbau die falschen Antworten auf die derzeitige Finanzierungs-krise sind. Dennoch geht die Budgetpolitik genau in diese Richtung. Und während bei jeder Gelegenheit das Wort „Leistung“ in den Mund genommen wird, sind Steuern auf Arbeitsleistung in Österreich unverhältnis-mäßig hoch – zugleich gehören wir zu den

Schlusslichtern bei Vermögenssteuern! Daher wird die Wege aus der Krise-Allianz, der auch SOS Mitmensch angehört, im Herbst einen alternativen Budgetvorschlag präsentieren. Besteuerung von Überfluss und Investitionen in die Zukunft lautet unser Motto. Unterstützen Sie uns dabei! Sagen Sie Ja zu einem alternativen Budget, auf: [www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)



**FLUCHT**

**Bootsaktion in Wien**

Während sich Europa vor Flüchtlingen zu Tode fürchtet, sterben fast täglich Menschen beim Versuch, europäischen Boden zu erreichen. Allein seit Anfang dieses Jahres sind mehr als 2.000 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich unter diesen Menschen auch bereits vom UN-Flüchtlingsdienst anerkannte Flüchtlinge befinden, die aber niemand in Europa aufnehmen wollte. Unter dem Motto „Das Boot ist leer!“ hat die Plattform 20.000 Frauen in Kooperati-

on mit SOS Mitmensch, JAsyl, Asyl in Not, Amnesty International und LEFÖ eine Serie an Straßenaktionen veranstaltet, um auf das Flüchtlingsdrama an Europas Grenzen und das Versagen der europäischen und österreichischen Migrations- und Asylpolitik aufmerksam zu machen.

Bei den Straßenaktionen wurde ein Forderungskatalog verlesen, der als Kernelement das Ende der europäischen Festungspolitik beinhaltet. Statt Abschottung braucht es eine Verbesserung des Schutzes für Flüchtlinge,



Straßenaktion: „Das Boot ist leer!“

echte Zuwanderungsmöglichkeiten sowie innereuropäische Solidarität in Migrations- und Asylfragen.

**Keine Fremden und keine Ausländer**

In vielen Gesetzen und Verordnungen werden sie als „Fremde“ oder „Ausländer“ bezeichnet: Menschen, die seit Jahren in Österreich leben oder gar hier aufgewachsen sind. SOS Mitmensch fordert ein Ende dieser Fehlbezeichnungen – ebenso wie das Ende von Gesetzen, die Menschen ausschließen, entrechten und Fremdheit erzeugen.

**Norwegen: Tschetschenen als Helden**

In beispielloser Weise hetzt die FPÖ gegen in Österreich lebende Tschetschenen. „Tschetschenen sind gefährlich!“, lautete ein Aussendungstext der Wiener FPÖ. In Norwegen werden hingegen zwei junge Tschetschenen als Helden gefeiert. Sie hatten während des rechtsextremen Massakers auf Utoya 23 Jugendlichen das Leben gerettet.

**Ute Bock-Preis für Zivilcourage**

Am 3. November verleiht SOS Mitmensch zum elften Mal den Ute Bock Preis für Zivilcourage. Der Preis wurde 1999 ins Leben gerufen, um das Engagement couragierter Menschen für Menschenrechte zu würdigen. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock war die erste Preisträgerin. Gastgeberin der heurigen Preisverleihung ist die Akademie der bildenden Künste.



Der Ute-Bock-Preis wird seit 1999 vergeben.

## ANDERE ÜBER ...

# Kein Spielball von Populismus

Georg Kapsch über Fehler und Erfordernisse des Integrationsdiskurses in Österreich.

Die Themen Migration, Integration und Asyl sind, wengleich auch grundsätzlich unabhängig behandelbar, eng miteinander verwoben. Integrationspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn im Vorfeld Migration gesteuert und Asylanträge sachlich und korrekt im Einklang mit internationalen Konventionen abgehandelt werden. Erst wenn diese Basis gegeben ist, kann sich Integrationspolitik nachhaltig entfalten.

Integration ist ein zweiseitiger Prozess von gegenseitigem Respekt für unterschiedliche Wertesysteme, einer Offenheit für Neues und Anderes und vor allem dem Willen, Menschen in unsere Gesellschaft aufzunehmen, aber auch dem Willen, die Normen und Regeln unserer Gesellschaft zu akzeptieren, ohne sich assimilieren zu müssen.

Integrationsmaßnahmen beginnen in der Bildungspolitik, um Chancengleichheit herzustellen und um negative Auswirkungen auf das Schulsystem zu verhindern. Integrationspolitik setzt sich in der Wohnungspolitik fort, um eine Durchmischung der unterschiedlichen Ethnien, allerdings mit der nötigen Sensibilität, zu fördern. Integrationspolitik bedeutet auch, in der öffentlichen Verwaltung verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen, wie dies in der Industrie seit Jahrzehnten üblich ist.

Integrationspolitik bedeutet aber auch zu helfen, die Vorteile und Stärken kultureller Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung zu empfinden.

Integrationspolitik muss auch berufliche Hürden beseitigen, die durch Nicht-Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu Beschäftigung von Hochqualifizierten in Niedrigqualifikations-Jobs führen.

Integration setzt Spracherwerb voraus. Ohne Kenntnis der lokalen Sprache gibt es keine adäquate Kommunikation und damit auch keine Integration. Spracherwerb sollte jedenfalls Pflicht sein und durchaus mit Konsequenzen belegt werden. Das jedoch erst, nachdem die zuwandernde Person die Chance dazu im Inland erhalten hat. Die Forderung von „Deutsch vor Zuzug“ wird viele Menschen, die wir bitter brauchen, abschrecken.

Beiden Gesellschaftsgruppen, migrierenden wie auch seit langem ansässigen, muss die Angst vor dem Miteinander genommen werden, anstatt sie zu schüren. Hier spielen auch Medien eine Rolle: ob sie das unterstützen oder weiteres Öl ins Feuer gießen.

Um Migranten lokale Inhalte und die lokale Politik näher zu bringen, sie also zum Teil unserer Gesellschaft werden zu lassen, wären mehrsprachige Medien zielführend. Sonst würden Migranten wohl auf ihre gewohnten Medien aus ihren Ländern zurückgreifen und damit nicht die lokale Politik, sondern die ihres Herkunftslandes permanent vermittelt bekommen. Damit werden aber Menschen mit Migrationshintergrund auch viel stärker gefordert, sich mit dem Geschehen und dem politischen und kulturellen Umfeld ihres neuen Wohnsitzlandes auseinander zu setzen.

Um dies noch zu unterstützen, wäre es sinnvoll, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Rahmen seines Bildungsauftrages den Spracherwerb mittels entsprechender Sendungen unterstützt.

In jüngster Zeit spürt man auch eine gewisse Differenzierung in „gute“ und „schlechte“ Migranten, je nachdem, aus welchem ethnischen Umfeld sie kommen. Dies ist gefährlich und entspricht in keiner Weise einem weltoffenen Gesellschaftsbild. Integrationspolitik muss daher unabhängig von regionaler, ethnischer oder religiöser Herkunft agieren.

Um Integrationsvorhaben politisch auch glaubhaft zu machen, sollten die Fehler der letzten Jahrzehnte offen angesprochen und zugegeben werden. Menschen dürfen nicht Spielball von Populismus werden. Genau deshalb sollten die Themen „Migration, Integration und Asyl“ laufend mit hoher Priorität verfolgt, aber niemals als Spielball in Wahlen eingesetzt werden.



Illustration: Petja Dimitrova

## ZUR PERSON

### Georg Kapsch

**Georg Kapsch, geboren 1959, ist CEO des Telekommunikations- und Verkehrstelematikonzerns Kapsch Aktiengesellschaft. Das Unternehmen beschäftigt über 4.000 MitarbeiterInnen und ist weltweit aktiv. Georg Kapsch ist u.a. Präsident der Industriellenvereinigung Wien.**

# „ICH WILL SPASS UND LERNEN UND WAS TOLLES WERDEN.“

LUKAS FISCHER, 13  
SCHÜLER



## WIEN IST ALLES. WAS DU WILLST:

Das größte Potenzial der Stadt sind ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Denn der Wirtschaftsstandort Wien braucht gut gebildete und ausgebildete Wienerinnen und Wiener, um international bestehen zu können. Damit alle entsprechend gefördert werden

können, bietet Wien den richtigen Rahmen. Wien fördert bei Kindern und Erwachsenen Begabungen, Neigungen und Talente mit Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen – vom Kindergarten über die Schule bis hin zu den Universitäten, Fachhochschulen und außerschulischen Bildungsangeboten.

Stadt  Wien

ALLES ZU WIEN:  
[www.wien.at](http://www.wien.at)



Cornelius Meister/RSO Wien



Miss Moravia



Alp Bora



Christian Muthspiel/Franck Tortiller



Federspiel



Eintritt frei!

# Das Ö1 KulturPicknick

18. September 2011, ab 12.00 Uhr  
im Schlosspark Grafenegg

Konzert des RSO Wien, Ö1 Bühne mit Musik aus allen Richtungen,  
Literatur- und Familienprogramm, Programm bei Schlechtwetter indoor  
[oe1.ORF.at/kulturpicknick](http://oe1.ORF.at/kulturpicknick)



Wir danken unseren Ö1 Kulturpartnern:



Fotos: Rosa Frank (Cornelius Meister), Anna Stöcher (Moravia), Magdalena Blaszcuk (Alp Bora), João Messias/Casa da Música (Muthspiel, Tortiller), Jessica R. Hauser (Federspiel)